

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 7 / 8 / 9



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Bodenreform: Erneute Klage von Alteigentümern	3
Rentenstrafrecht: Verfassungs- gericht berät am 21. Juli	4
Demonstration am 20.6. in Berlin: Aufstehen für eine andere Politik .	5
DVU: „Das Recht des Stärkeren“ .	6
DVU sammelt rechte Prominenz .	6
Bundestag&Balkanintervention: Eine ganz große Koalition für Expansion	7

Auslandsberichterstattung

Albanische Vasallen beim deut- schen Griff nach Südosteuropa ...	8
Kinkel, Daimler und Kroatien	9
Serbien: LIT in der FAZ	9
Kuba: „Die Revolution braucht freie Debatten“, Interview	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Wülfrath: Rep-Provokation gegen Gysi-Veranstaltung	13
Offenburg: Für Bleiberecht – NPD wollte Gegendemonstration	13
Demonstration gegen Coburger Convent	14
Stuttgart: Gegen Erhöhung der Gebühren in Tageseinrichtungen .	15
Berlin: CDU-Schönbohm: „Aus- länderghettos“ auflösen	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Nach Streiks: Tarifabschluß Einzelhandel	19
DGB Bayern zum Bericht der Zukunftskommission	20

Diskussion und Dokumentation

Aus dem Parteivorstand der PDS: Analyse der SPD und Schlußfolgerungen für die PDS ..	21
<i>In und bei der PDS</i>	22
Die Karawane für die Rechte von Flüchtlings und Migranten	25

Letzte Seiten

Armenien: Beklemmende Parallelen zur Kurdenverfolgung	27
--	----

Termine	28
----------------------	----

**AKTUELL IN BONN STAATSBÜRGER-
SCHAFT:** Der Streit in der Regie-
rungskoalition über die Reform des
Staatsbürgerschaftsrechts geht im-
mer weiter. Nach dem endgültigen
Scheitern jeder demokratischen Re-
form des Staatsbürgerschaftsrechts
in dieser Legislaturperiode vor einigen
Wochen hatten sich in der FDP Stimmen
gerührt, in einer neuen Koalition mit der
Union müsse sich die FDP die Möglich-
keit offen halten, notfalls auch gegen die
CSU eine Reform des Staatsbürger-
schaftsrechts zu beschließen – z.B. mit
den Oppositionsparteien. Prompt hetzte
CSU-Chef Waigel: „Erpressungen laufen
mit mir nicht. Mit ihrem Ruf nach dop-
pelter Staatsbürgerschaft begibt sich die
FDP in Gefahr, unter 5% zu kommen.“

GEN-DATEI: Der Gesetzentwurf der
Bundesregierung zur Einrichtung einer
bundesweiten Gen-Datei wird auch von
der SPD mitgetragen. Das berichtete am
17. Juni der rechtspolitische Sprecher der
Union Geis. Kanther und die SPD wollen
Gen-Daten von allen Verdächtigen bei al-
len „Strafverfahren von erheblicher Be-
deutung“ (was immer das in der Praxis
am Ende heißen soll) speichern. Dagegen
fordern Grüne, PDS und Datenschützer
eine Begrenzung der Datensammlung des
BKA auf Straftaten gegen Leib, Leben
und persönliche Freiheit, strikte Kon-
trollen gegen eine mißbräuchliche Wei-
tergabe der Daten, eine zeitliche Begren-
zung der Aufbewahrung. Auch soll die
Aufnahme in die Datenbank nur erfol-
gen, wenn Anhaltspunkte bestehen, daß
der Betroffene künftig Straftaten begeht,
bei deren Aufklärung die Daten benötigt
werden. Über all diese Einschränkungen
bei der Datensammelerei – das BKA unter-
hält bereits 154 Dateien mit personenbe-
zogenen Daten – wollen sich die Regie-
rungsparteien hinwegsetzen, unterstützt
wieder einmal von der SPD.

PENSIONS FONDS: Nachdem unlängst
Regierung, SPD und Grüne ein „Kapi-
talmarktgesetz“ beschlossen hatten, das
spekulativen „Rentenfonds auf Aktien-
basis“ den Zugang zum hiesigen Kapi-
talmarkt öffnet – in den USA sind solche
„Renten auf Aktienbasis“ verbreitet, mit
der Folge, daß bei Kursverlusten der Ak-
tien auch die Renten aus solchen Fonds
sinken – sollen nun auch Betriebsrenten
spekulativ werden. Dabei geht es um viel
Geld. Alle Betriebsrenten-Ansprüche zu-
sammen belaufen sich derzeit in der BRD
auf 486 Milliarden DM. Eine von der Re-
gierung eingesetzte „Expertenkommissi-
on“ will künftig diese Renten so gestal-
ten, daß die Betriebe statt fester Renten
Beiträge in solche Fonds zusagen können.
Was aus diesen Beiträgen für Renten wer-
den, hängt vom „Markt“ ab, oder, wie das
„Handelsblatt“ schreibt: „Von einer gün-
stigen Fondsentwicklung würden die Ar-
beitnehmer profitieren, bei ungünstiger
Entwicklung hätten sie das Risiko zu tra-
gen.“ Am Ende sollen aber nicht nur Be-

triebsrenten in Aktien spekulieren, son-
dern zugleich auch auch die Bedeutung
betrieblicher Renten gegenüber der ge-
setzlichen Rente steigen – sprich: Die
Senkung der gesetzlichen Rente erleich-
tert werden. Deshalb soll der Aufbau sol-
cher überbetrieblicher Pensionsfonds
mit Steuersenkungen für die Konzerne
von 3 bis 4 Mrd. DM gefördert werden.

„VEREINIGUNGSKRIMINALITÄT“: Am 2.
Oktober 2000 werden alle Straftaten der
sog. „Vereinigungskriminalität“ verjährt
sein. Darauf wies der Vorsitzende des
Bundestags-Untersuchungsausschusses
„DDR-Vermögen“ bei der Vorlage seines
Abschlußberichts hin. Der Bericht
spricht von 3 bis 10 Milliarden DM Kri-
minalitätsschaden – und die Regierungs-
parteien haben sorgsam darauf geachtet,
daß die Treuhand und die Verschleude-
rung von DDR-Vermögen frech als „Er-
folgsgeschichte“ dargestellt wird. In 3
Fällen ging das beim besten Willen nicht:
Beim Skandal um die Bremer Vulkan-
Werft seien 850 Mio. DM „verschwun-
den“, so der Bericht, bei der Berliner WBB
Wärmeanlagenbau verursachte ein be-
trügerischer Babcock-Manager 200 Mio.
DM „Verlust“. Viele andere Betrügereien
werden vermutlich nie verfolgt werden.
Streit zwischen Regierung und SPD gab's
über Minol/Leuna. Die SPD will evtl. im
nächsten Bundestag dem Verdacht auf
Schmiergeldzahlungen an die Union in
einem neuen Untersuchungsausschuß
weiter nachgehen.

ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ: Bis
zum Schluß umstritten sind die von
CDU/CSU vehement betriebenen neuer-
lichen Kürzungen von Leistungen für
Asylbewerber. Wegen des anhaltenden
Widerstands von Kirchen, Flüchtlings-
gruppen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerk-
schaften, Ärzten u.a. gegen das men-
schenverachtende Vorhaben hat nun auch
die FDP „Bedenken“ und will den Ent-
wurf noch einmal prüfen. Am 24.6. soll
nun der Bundestag endgültig entschei-
den, am 10. Juli käme das Gesetz dann
letztmalig vor den Bundesrat. PDS und
Grüne fordern zusammen mit dem außer-
parlamentarischen Widerstand weiter
die ersatzlose Rücknahme des Gesetzes
und kritisieren die Heuchelei der SPD,
die das Gesetz im Bundestag ablehnen
will, aber im Bundesrat, wo sie es stop-
pen könnte, dann doch zustimmen will.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 24. Juni
diskutiert der Bundestag über Innere Si-
cherheit, (u.a. Gen-Datei), über die
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, über
das umstrittene „Asylbewerberlei-
stungsgesetz“ und über Traditionspflege
und rechtsradikale Umtriebe bei der
Bundeswehr. Die Grünen beantragen
noch einmal den Stopp des Transrapid.
Am 25. Juni gehts noch einmal um die
„Deutsche Einheit“. Dann ist nicht nur
„Sommerpause, sondern auch (fast) das
Ende der Legislaturperiode.

„Eigentum ist Freiheit!“

Von Wolfram Triller

Die Grundbesitzerverbände begingen am 14. Juni zum ersten mal den „Tag des Eigentums“ auf ostdeutschem Boden. Nach Auffassung der Verbände sollen 1.063.000 ha Land und ca. 600.000 ha Wald wieder den Alteigentümern gehören.

„Die Dinge sind in Bewegung gekommen“. So wird Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig von der „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V.“, eines „Zusammenschlusses der Opfer und Geschädigten“ der Bodenreform zitiert. Als Fakten für diese Einschätzung werden genannt:

- die Aussagen Gorbatschows zur „Vorbedingungslegende“ über die Bodenreform,
- die Eröffnung eines Hauptverfahrens durch die EU-Kommission über die Bedingungen der Privatisierung der Bodenreformflächen,
- das durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte „Scholz-Papier“, durch das auf den „Verfahrenswege“ die ehemaligen Großgrundbesitzer beim Bodenerwerb bevorteilt werden sollen, und
- die erhoffte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Klage gegen das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz im Interesse der Alteigentümer.

Unterstützung kommt auch von der CDU-Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt Petra Wernicke, die die Rückgabe von mindestens 100 ha als Naturalausgleich für Wiedergutmachung fordert.

Die „Aktionsgemeinschaft“ unter Vorsitz von Manfred Graf von Schwerin beabsichtigt deshalb, mit Hilfe eines Rechtsgutachtens erneut vor dem Bundesverfassungsgericht, dieses mal erfolgreich, gegen die Bodenreform zu klagen. In einer angelaufenen Aktion wird dafür das notwendige Geld gesammelt. „Darüber hinaus unternimmt die 'Initiative Eigentum und Recht 1945-49' alle ziel-führenden, insb. publizistischen Schritte, um die gesamtgesellschaftliche Voraussetzung für einen positiven Bescheid des BVerfG zu verbessern“, wie im „Aufruf gegen das Unrecht der Landwegnahme“ heißt.

Kernargument der Aktion ist die These: „Eigentum ist Freiheit“. Allerdings ist zu fragen: Freiheit für wen, Eigentum für wen? Soll etwa der Boden gleich auf alle Einwohner unseres Landes verteilt werden, wie es z.B. die Vertreter der „terrestrischen Konzeption“ fordern. Geht es

um Privateigentum oder um vielfältige Eigentumsformen, die auch kollektives und gesamtgesellschaftliches Eigentum einschließen? Auf dem Weg zum BVerfG kann ein Blick ins Grundgesetz ganz hilfreich sein. Im Artikel 14 heißt es:

„(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen“.

Und im Artikel 15 wird präzisiert „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das die Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend“.

Zwar galt das Grundgesetz in der Sowjetischen Besatzungszone, als die Bodenreform durchgeführt wurde, nicht. Sie war aber eine Maßnahme, die nicht nur auf den Beschlüssen der Alliierten, sondern auch auf einem Volksentscheid beruhte, dem man mindestens den Verfassungsrang einräumen muß. Und leider ist in Vergessenheit geraten, daß es im Ahlener Programm der West-CDU heißt:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen ... Bei allen Reformen der deutschen Wirtschaft, mag es sich um Bo-

Vertrag

Hiermit beauftrage ich

(Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Name, Vorname	
Straße, Hausnr.	
PLZ, Ort	
Tel., Fax	

die

„Initiative Eigentum und Recht 1945-49“

Willstraße 8, 90429 Nürnberg

§ 1. mit der umfassenden Organisation und Leitung eines prozeßvorbereitenden rechtswissenschaftlichen Gutachtens durch Univ.Prof. Dr. K. A. Schachtschneider zur Rechtsklärung bezüglich der Konfiskationen in der chem. SBZ in den Jahren 1945-1949 (sog. Bodenreform) bzw. deren verfassungswidriger Verrechtlichung insb. durch den Einigungsvertrag nach Untergang der „DDR“. Darüber hinaus unternimmt die „Initiative Eigentum und Recht 1945-49“ alle zielführenden, insb. publizistischen Schritte, um die gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen für eine positive Entscheidung des BVerfG zu verbessern.

§ 2. Hierfür zahle ich an die „Initiative Eigentum und Recht 1945-49“ einen Betrag von DM 500,-.

§ 3. Der Betrag muß auf dem Konto 01 209 607 00 bei der Dresdner Bank, Nürnberg, BLZ 76080040, gutgeschrieben sein. Die „Initiative Eigentum und Recht 1945-49“ kann dann binnen sechs Monate feststellen, ob die Summe der Einzahlungen ausreicht, um die Tätigkeiten i. S. v. §1, insbesondere aber das rechtswissenschaftliche Gutachten, zu finanzieren und dies dem Auftraggeber mitteilen.

§ 4. Im Falle eines nicht kostendeckenden, insbesondere Gutachtenkosten-deckenden, Einzahlungsvolumens i. S. v. § 3 erstattet die „Initiative Eigentum und Recht 1945-49“ alle Einzahlungen abzüglich der Kosten umgehend zurück.

§ 5. Die „Initiative Eigentum und Recht 1945-49“ haftet ausschließlich für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

denreform, Neuaufbau der industriellen Wirtschaft oder Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Betrieb handeln, ist das erste und vornehmste Ziel das Wohl des gesamten Volkes. Die deutsche Wirtschaft hat weder in erster Linie dem Wohle einer bestimmten Schicht zu dienen noch dem Auslande“.

Während die West-CDU ihr eigenes Programm verraten oder doch bis zur Unkenntlichkeit umgeschrieben hat, hat die Ost-CDU zusammen mit Kommunisten, Sozialisten, bürgerlichen Liberalen und Parteilosen konsequent auch die Ideen des Ahlener Programms umgesetzt.

Es ist unbestreitbar, daß selbst Artikel 15 des späteren Grundgesetzes als Grundlage der Bodenreform in Ostdeutschland hätte dienen können. Nach dem Elend, das das deutsche Großkapital im Bündnis mit den Junkern durch die Unterstützung Hitlers über Deutschland gebracht hatte, konnte bei der Enteignung der Junker und der Übergabe des Bodens in das Eigentum von Bauern eine „Entschädigung ... unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten“ realistisch-weise nicht gewährt werden.

Wer heute die Bodenreform als „kommunistisches Unrecht“ diffamiert, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Mehr noch, aus dem Munde von ehemaligen Großgrundbesitzern wird mit diesem Vorwurf die eigene Verantwortung für den Tod, das Elend und die Umsiedlung von Millionen Menschen bestritten.

Wenn die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger heute der Meinung sein

→ sollten, daß nachträglich eine Entschädigung doch gewährt werden sollte, dann müßte dieses Problem wie 1945/46 durch eine Volksbefragung entschieden werden. Es ist sehr kurzsichtig, die Liquidation der Ergebnisse der Bodenreform heute mit dem „Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz“ zu regeln. Denn mit diesem Gesetz wird der Boden zu einem Preis verschleudert, der weniger als die Hälfte des gegenwärtigen Marktwertes beträgt.

Neben dem Verlust des „Bundeseigentums“, das eine parlamentarische Einflußnahme auf die Bodennutzung, insbesondere im Sinne des Umweltschutzes ermöglicht hätte, wird der Steuerzahler ein weiteres mal zur Kasse gebeten, und zwar auf folgende Weise. Gegenwärtig werben die Alteigentümer für die Bodenrückgabe mit dem Argument, daß sie ja den Boden gar nicht selbst bewirtschaften wollen, sondern ihn den jetzigen Bewirtschaftern verpachten würden. Sie wissen, daß durch die EU-Agrarpolitik die Bauern in den Ein- und Mehrfamilienbetrieben erhebliche „Ausgleichszahlungen“ für die vorgesehenen Agrarpreissenkungen erhalten werden. Dies Ausgleichszahlungen sind das beste Argument zur Erhöhung der Pachtpreise. Schon gegenwärtig haben die Pachtpreisen etwa das Niveau der niedrigeren EU-Zahlungen. Bei einem Pachtflächenanteil in Ostdeutschland von über 90 Prozent und in Westdeutschland von etwa 50 Prozent, mit steigender Tendenz durch den Verdrängungswettbewerb, werden zukünftig Milliardenbeträge aus der Landwirtschaft als Pachtzahlungen abfließen, die von den Steuerzahler für die EU aufgebracht werden. Die Bauern werden letztlich leer ausgehen.

Damit wird einmal mehr bestätigt, der Boden ist (auf Dauer) die sicherste Profitquelle. Das Bodeneigentum läßt sich bei begrenzter Bodenfläche als sicheres Erpressungsinstrument gegenüber der Gesellschaft und als Machtinstrument verwenden.

Die wichtigste Eigenschaft des Eigentums, sowohl des privaten als auch des gesellschaftlichen, ist das Recht des Eigentümers, über die Verwendung des Gewinns entscheiden, neues Kapital anhäufen zu können. Beim Streit um die Rückgängigmachung der Ergebnisse der Bodenreform geht es letztlich darum, wer sich bestimmte Ergebnisse produktiver Arbeit aneignen darf. Blicke das Bodenreformland in der Hand des Bundes, dann würden ihm auch in Zukunft für diese Flächen die Pachteinnahmen zufließen. Er könnte mit der Pachthöhe und der -verwendung eine demokratisch legitimierte Agrarpolitik für Bauern und Verbraucher umsetzen. Dagegen führt die Privatisierung der Bodenreformflächen zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft in Eigentümer und Nichteigentümer, zu einer Spaltung in Menschen, die durch ihre ökonomische Macht auch die Freiheit haben, über die Geschicke der Nichtbesit-

zer von privatem Eigentum an Produktionsmittel zu entscheiden.

Privatisierung bedeutet Umverteilung von Freiheitsrechten, die auch nicht durch Änderung von gesellschaftliche Rahmenbedingungen zurückgewonnen werden können. Denn die mit dem Eigentum verbundene ökonomische Macht bestimmt auch letztlich die Ziele der Politik und den Handlungsspielraum des Staates (vergleiche Ahlener Programm und Diskussion um Sozialabbau und schlanken Staat). Wirkliche Demokratie erfordert, auch in der Wirtschaft demokratische Prinzipien anzuwenden. Dafür ist gemeinschaftliches Eigentum notwendig. Gemeinschaftliches Eigentum ist die Bedingung für gleiche Freiheit für alle. Die Forderung nach Privatisierung gesellschaftliche Eigentums und von Funktionen des Staates, der Länder und Kommunen bedeutet letztlich auch, dem Volk die Demokratiefähigkeit abzuspüren. Eigentumsverhältnisse beeinflussen in nicht geringem Maße, ob der, der Recht, hat auch Recht bekommt.

Der Bundestagsabgeordnete der PDS Dr. Günther Maleuda charakterisiert die neuen Angriffen auf die Bodenreform deshalb so: „Der Rechtsstaat Bundesrepublik steht vor der Bewährungsprobe, ob es ihm gelingt, die Interessen der ehemaligen Bürger der DDR, gegen gekaufte Gutachten und teure Öffentlichkeitskampagnen zu verteidigen. Soll mit der Beseitigung der Ergebnisse der Bodenreform die Saat des Geldes aufgehen und die Ernte eingefahren werden, die viele zu Bettlern macht?“

Wolfram Triller ist Mitarbeiter von Dr. Günther Maleuda, PDS-MdB

Verfassungsklage gegen Rentenstrafrecht

Verfassungsgericht berät am 21. Juli

Das Bundesverfassungsgericht will am 21. Juli über zahlreiche Klagen gegen das Rentenstrafrecht mündlich verhandeln. Eine Entscheidung des Gerichts über diese Klagen wird für den Herbst erwartet, vermutlich also nach den Bundestagswahlen. Das teilte jetzt die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR) mit.

In ihrem neuesten Mitteilungsblatt schreibt ISOR: „Das Bundesverfassungsgericht hat aus allen Vorlagebeschlüssen und Verfassungsbeschwerden eine Auswahl getroffen, die offensichtlich sichern soll, daß möglichst viele Probleme behandelt werden. Diese sind zur Entscheidung in einem Verfahren verbunden. Die vorgesehene mündliche Verhandlung wird sich mit folgenden Fragen des Ren-

tenstrafrechts befassen:

- Kürzung der MfS-Renten auf 802.-DM (§ 10 Abs. 2 AAÜG) sowie Entgeltkürzung auf 0,7 Entgeltpunkte für jedes Jahr der Zugehörigkeit zum MfS (§ 7 AAÜG)

- Entgeltkürzung auf 1,0 Entgeltpunkte für Angehörige des MdI (DDR-Ministerium des Innern, d. Red.), der NVA, der Zollverwaltung und für Angehörige von Zusatzversorgungssystemen (§6 Abs. 2 AAÜG) sowie für Inhaber bestimmter Funktionen (§ 6 Abs. 3 AAÜG),

- Kürzung von Renten von Angehörigen der Intelligenz letztlich auf 2.700 DM (§ 10 Abs. 1 AAÜG).

Darüber hinaus werden verschiedenartige Fälle, in denen Angehörige von Zusatz- und Sondersversorgungssystemen sich dagegen wenden, daß ihre früheren Ansprüche ausschließlich in die Rentenversicherung überführt wurden und ihnen deshalb eine darüber hinausgehende Versorgung vorenthalten wird, Gegenstand der mündlichen Verhandlung sein. (...)

Mit einer Entscheidung nach der mündlichen Verhandlung sei nicht zu rechnen, schreibt ISOR weiter: „Gewöhnlich dauert es mindestens drei Monate, bevor die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach einer mündlichen Verhandlung öffentlich bekanntgegeben wird.“

Die Ziele, mit denen ISOR und andere ostdeutsche Verbände gegen das Rentenstrafrecht kämpfen, seien unverändert:

„Wir wollen in der Rentenversicherung durch die uneingeschränkte Anwendung der Beitragsbemessungsgrenze auf alle aus den Zusatz- und Sondersversorgungssystemen überführten Rentenansprüche gleiches Recht für jedermann.“

Wir wollen die Rücknahme der Nötigung der Rentner der Sondersversorgungssysteme, 1991 ihre Beiträge zur Krankenversicherung selbst zu zahlen.

Wir wollen die Aufhebung der gesetzlichen Vorschriften, nach denen die Zahlung von Dienstbeschädigungsrenten eingestellt wurde.“

ISOR ist zuversichtlich, daß „die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zumindest im Ganzen positiv ausfallen wird“. Darin sehe man sich u.a. durch vorherige Entscheidungen von Sozialgerichten bis hin zum Bundessozialgericht bestärkt, die bereits wegen Vorschriften des AAÜG (Renten-Überleitungsgesetz, d. Red.) sich ebenfalls an das Verfassungsgericht gewandt hätten. ISOR rechnet deshalb damit, daß das Gericht den Bundestag zu einer Änderung des Rentenüberleitungsrechts binnen ca. 2 Jahren auffordern werde. „Deshalb ist und bleibt es von ganz entscheidender Bedeutung, vor allem auf die zur Wahl stehenden Kandidaten verstärkt mit Briefen und Gesprächen einzuwirken.“ (rül)

Quelle: ISOR aktuell, Nr. 5/98 und 6/98 vom Mai und Juni 1998



20.6., Berlin: „Aufstehen für eine andere Politik!“

Unter dieser Losung hatte der Trägerkreis der „Erfurter Erklärung“ mit Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, kirchlichen Gruppen, ausländischen Organisationen, Bürgerinitiativen, Studierenden, Schüler/innen, linken Parteien u.a. zu einer bundesweiten Demonstration nach Berlin geladen. 100.000 Teilnehmer waren erwartet worden. Am Ende waren es dann zwar weniger, aber doch noch beeindruckend viele. 20.000 bis 25.000 Teilnehmer bei den sternmarschförmigen Demonstrationen zur Abschlußkundgebung, zusammen mit den vielen, die direkt zur Abschlußkundgebung gegangen waren, nach Veranstalter-Angaben dann am Ende 80.000 auf dem Alexanderplatz. Immer wieder bekräftigt wurde, daß man sich mit einem einfachen Kanzlerwechsel nicht zufriedengeben wolle: Eine Änderung der Po-

litik, Schluß mit der Umverteilung von unten nach oben, eine Politik, die dem Arbeitsplatzabbau entgegentritt und die Arbeitslosigkeit verringert, Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte, gleiche Bildungschancen, Schluß mit der Verfolgung von Flüchtlingen und anderen Minderheiten in diesem Land, Schluß mit Lauschangriff und Bundeswehrein-sätzen im Ausland – diese Forderungen durchzogen die Kundgebungsbeiträge. Angelika Beier von der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkoordination, Sevim Dakdelen von der SchülerInnenvertretung, Prof. Rudolf Hickel, die HBV-Vorsitzende Margret Mönig Raane, Murat Cakir vom Bundesausländerbeirat und andere sprachen auf der Schlußkundgebung. Am Ende verlas Horst Schmitthenner, Mitglied des IGM-Vorstands, den Aufruf der Berliner Demonstration,

in dem es unter der Überschrift „Andere Politik nötig und durchsetzbar“ u.a. heißt:

„Wir wollen Vollbeschäftigung sowie Bildung und Ausbildung für alle. Wir fordern die Umverteilung von Reichtum von oben nach unten und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften. Wir streben eine demokratische, tolerante und antifaschistische Gesellschaft an. Wir verlangen Bürgerrechte für alle hier lebenden Menschen. Wir wollen eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik. Wir weisen Rassismus und Ausgrenzung entschieden zurück ... Unser Engagement reicht über den Wahltag hinaus. Deshalb unterstützen wir unter anderem den Protest der Erwerbsloseninitiativen am 12. September und veranstalten am 30. Januar 1999 eine Konferenz 'Protest braucht Perspektiven' ...“

rül, Fotos: ND, R.S.

„Das Recht des Stärkeren“

Nach dem schlechten Abschneiden von BfB und REPs (Hamburg, Niedersachsen) sank in der Redaktion der völkischen *Junge Freiheit* die Hoffnung, daß sich die rassistische und autoritäre Aufbruchsstimmung in der kurzen Zeit bis zur Bundestagswahl wahlpolitisch noch verwandeln ließe. Nach dem DVU-Erfolg in Sachsen-Anhalt wittert sie erneute Chancen: „Mal was Neues, plakatierte die DVU kurz vor der Wahl. Hier kristallisiert sich der überall spürbare Wille zu einem notwendigen Wechsel heraus. Wer ihn bündelt, ist noch offen“ (JF 21/98).

Was ist nun das „Neue“, fragt Dieter Stein, Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, in der darauffolgenden Ausgabe, daß „dieses Land zusammenhält, wenn es soziale und politische Belastungen aushalten soll“? „Dieses Band ist der Patriotismus oder das Nationalbewußtsein.“ Das Neue wäre demnach das Alte: Die Volksgemeinschaft als konstituierendes Merkmal rechter Ideologie. Tatsächlich ist nicht der Inhalt, sondern eine gesellschaftliche Stimmungslage neu, die rechts nach oben spült und die dumpf-rassistische DVU auf eine „Erfolgssyndynamik“ spekulieren läßt. Und neu ist die gezielte und erfolgreiche Erschließung dieses Wählerpotentials durch eine offen-faschistische Partei.

Ein ostdeutsches Spezifikum?

Rassismus und Rechtsextremismus ist im Lebensstil vieler Jugendlicher und besonders junger Ostdeutscher fest verankert: „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit.“ Mit dieser Aussage erklärten sich '96 bei einer Umfrage in Brandenburg 57% der Azubis „völlig“ oder „teilweise“ einverstanden. Unter Abiturienten teilten immerhin 27% diese Meinung. Rund ein Drittel der Ostjugendlichen steht unter dem Einfluß fremdenfeindlicher „Wahnvorstellungen“ und macht die 1,8% Ausländer für 30 bis 40% Arbeitslose verantwortlich.

Wer das Aufkommen rassistischer und rechtsextremer Orientierungen unter Jugendlichen erklären will, wird um das Phänomen rechter Jugendsubkultur nicht herum kommen. Der rasante Anstieg rechtsextremer Straftaten um 34% auf ca. 12.000 im Osten wie auch der jüngste Wahlerfolg der DVU in der Altersgruppe der unter 30 Jährigen (30% der abgegebenen Stimmen und Platz eins vor der SPD) resultiert aus einer völkisch-rassistischen und gewaltbereiten Alltagskultur. Durch das gemeinsame Thema „Hatz auf Nichtdeutsche“ verbinden sich vordergründig unpolitische Freundschaften mit Nazikameradschaften in einer Art Netzwerk, das erstaunliche Mobilisierungsfähigkeit besitzt. Bis Mitte der 90er war nur ein geringer Teil der rechten Subkultur für neofaschistische Wahlformationen zu interessieren. Mit

DVU sammelt rechte Prominenz

Am 17. Juli wird der Bundeswahlauschuß in Bonn über die Zulassung von Parteien zur kommenden Bundestagswahl entscheiden. Von den offen neofaschistischen bis rechtskonservativen Parteien wollen bisher antreten die DVU, die Reps, die NPD, der „Bund freier Bürger“ und die „Pro-DM-Initiative“ des zwielichtigen Börsenspekulanten Bolko Hoffmann. Letzterer will angeblich 20 Millionen DM im Wahlkampf ausgeben, vier Millionen seien schon für großformatige Anzeigen gegen den EU-RO ausgegeben. Ob er freilich die erforderlichen 2.000 Unterstützungsunterschriften pro Bundesland bekommt, wird sich am 17. Juli herausstellen.

Die DVU versucht, ermuntert durch ihren Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt,

rechte Prominenz zu sammeln für ihre Listen. Bei den Landtagswahlen in Bayern will die Partei freilich nicht antreten, um die schon beinahe „traditionelle“ Unterstützung und Duldung ihrer neofaschistischen Politik durch die bayerischen Behörden und die CSU nicht zu gefährden. Also mobilisiert die Partei nur zu den Bundestagswahlen. Nachdem Ex-Republikaner-Chef Schönhuber schon vor einiger Zeit angekündigt hatte, er werde bei der Wahl zum Europaparlament im Jahr 1999 für die DVU antreten, handelte die „*Junge Freiheit*“ auch den früheren CSUler Mechttersheimer als möglichen Anwärter auf einen DVU-Listenplatz. Die „Nationalzeitung“ berichtete, daß der frühere CDU- und REP-Bundestagsabgeordnete Krause auf der DVU-Liste in Sachsen-Anhalt kandidieren wird. (rül)

Quelle: Antifaschistische Nachrichten 12/98

dem zielgruppenorientierten Wahlkampf der DVU in Sachsen-Anhalt sowie mit den aktivistischen Aufmärschen der NPD ist es beiden Parteien inzwischen gelungen, sich als politische Kraft und Vertretung einer rechtsextremen Orientierung zu etablieren. Selbst eine Studie des Konrad Adenauer Institutes schließt die Gefahr nicht aus, daß sich das Wählerpotential der rechtsextremen Parteien verfestigen könnte. Inzwischen geht die NPD planmäßig vor, um sich die völkische Jugendkultur als soziale Basis für ihren Parteaufbau zu erschließen.

Ein westdeutsches Spezifikum?

Doch vor westdeutscher Selbstzufriedenheit ist zu warnen! Ein Vergleich von Jugendlichen aus Ost- und West-Berlin gelangt zu ähnlichen Ergebnissen: 34,9% der BerufsschülerInnen im Westen und 43,1% im Osten fordern, daß „Ausländer so schnell wie möglich Deutschland verlassen“ sollten. Diese Fremdenfeindlichkeit geht weit über die Jugendsubkultur hinaus und gehört für große Teile der Bevölkerung zur Grundstimmung. Die Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse wie auch rassistische Einstellungspotentiale sind kein exklusives Problem „deklassierter Ostjugendlicher“. Unterschiede bestehen, wie es der AK Antifaschismus Magdeburg zum Wahlausgang kommentierte, lediglich hinsichtlich der Geschwindigkeit gesellschaftlicher Umwälzungen und einer „zivilgesellschaftlichen Pufferzone gegen das offene Auftreten von Neonazis“.

Zeigen, daß Veränderung möglich ist

Das Institut Allensbach fragte 1996: „Wie stellen Sie sich in 10 Jahren unsere Gesellschaft vor?“ Mit positiven Entwicklungen rechnen danach nur geringe Teile der Bevölkerung. „Mehr Solidarität und Zusammenhalt“ erwarten 9%; eine bürgernahe Politik 5%; mehr Wohlstand 4%. Dagegen erwarten 78%, daß die Reichen

immer reicher und die Armen immer ärmer werden; 69% „daß es mehr Arbeitslose geben wird; 52%, daß sich nur die Starken durchsetzen werden. Die zusammenfassende Bewertung resümiert: „Die große Mehrheit der Gesellschaft zeichnet das Zukunftsszenario einer kalten, von Egoismus geprägten Gesellschaft.“

Die von Egoismus geprägte Gesellschaft, so könnte man hoffen, trifft auf Widerspruch: Gemeinsame Abwehrkämpfe führen zu praktizierter Solidarität und das Verlangen nach einer besseren, humaneren Welt führt zu kollektiver Aneignung und Aktivität.

Offensichtlich ist jedoch der tatsächliche oder drohende Verlust materieller Sicherheiten ein sehr unzuverlässiger Garant für Widerstand, zumal wenn kapitalistische Sachzwänge als gegebene Sachzwänge verinnerlicht werden und die Möglichkeit der Veränderung ausgeschlossen erscheint. Im gesellschaftlichen Konkurrenzkampf erfahren Weltanschauungen, die auf das „Recht des Stärkeren“ und den „Untergang des Schwachen“ als die einzige Regelungsform von Gesellschaft annehmen, tagtäglich ihre Bestätigung. So die 36% der Brandenburger Wähler, die Ausländer ablehnen und jene fast 50%, die glauben, der Stärkere solle sich durchsetzen. An dieses Menschen- und Gesellschaftsbild appellieren faschistische Parteien.

Die PDS steht vor der schwierigen Aufgabe, die sozialen Verwerfungen zu thematisieren, ohne in den unsäglichen Kurzschuß der „Opfer der gesellschaftlichen Umstände“ zu verfallen und Arbeitsplätze wegen und gegen den „Rechtsextremismus“ zu fordern.

Eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird die notwendige Auseinandersetzung über die gefährliche Dynamik staatsautoritärer Formierung „von oben“ und wachsendem Rassismus „von unten“ jedenfalls nicht ersetzen

kun

Eine ganz große Koalition für Expansion

Letzte Woche, Freitag, beschloß der Bundestag mit überwältigender Mehrheit, daß die Beteiligung der Bundeswehr am sog. SFOR-Einsatz in Bosnien verlängert wird. Die Kritik an der interventionistischen Politik der Bundesregierung wird immer schwächer. Die Gegner der Militarisierung der Außenpolitik gerieten zunächst bei der SPD und jetzt unübersehbar auch bei den Bündnisgrünen hoffnungslos in die Minderheit. Bereits jetzt steht fest: der nächste Bundestag wird zu mehr als zwei Dritteln aus gewaltbereiten Abgeordneten bestehen, und diese Abgeordneten werden vermehrt Rückhalt in ihren Parteien finden.

Diese Stimmung hat sich in den letzten Jahren aufgeschaukelt, weil eine Resonanz zwischen Alltagserfahrung und Staatspolitik, zwischen Lebensplanung und Staatsgeschick fühlbar wird. Auf lebenspraktischer Grundlage können sehr schwache Argumente, ja sogar schamlos durchsichtige Lügen große Wirkung und Bindekraft entfalten. Moralische Vorhaltungen tropfen genauso wie der Appell an den politischen Verstand einfach ab.

Stellt man neben die Veränderung in den politischen Meinungen Veränderungen in den Reproduktionsbedingungen, der Menschen, die diese Meinungen vorbringen, werden schemenhaft Bezüge erkennbar. Ein Beispiel: Das grünalternative Milieu hat seine Lebenserfahrung in einer Zeit der stürmischen Ausdehnung des technisch-wissenschaftlichen Anteils der Arbeitskräfte gesammelt. Die Umschichtung der Anteile von Handarbeit/Kopfarbeit kam dann zum Stillstand. Der Konkurrenzdruck im Milieu der technisch-wissenschaftlichen Berufe nahm zu. Das Reproduktionsrisiko, besonders die schichtenspezifische Reproduktion im Generationenwechsel steigt.

Die deutsche Politik zielt darauf, die UNO aus der Balkanpolitik auszuschalten. Vor dem Hintergrund der Debatte um die Verlängerung der deutschen Teilnahme am SFOR-Mandat wurde ausgelotet, ob sich im Bundestag eine breite Mehrheit für einen nur von der Nato, d.h. von den Westmächten allein getragenen Truppeneinsatz finden ließe. FISCHER brachte zur Klärung der Position der Bündnisgrünen ein Beispiel, aus dem gefolgert werden muß, daß die Zustimmung der Bündnisgrünen lediglich davon abhängt, daß eine „Not-am-Mann-Situation“ herbeigeführt wird.

„In der Tat, Kollege Seiders: Zu der entscheidenden Frage, wie Sie es denn nun mit der Mandatisierung eines möglichen oder vielleicht sogar leider notwendigen Militäreinsatzes im Kosovo halten, haben Sie hier nichts gesagt. (...)“

Der PDS-Abgeordnete Zwerenz vermied bei seiner Kritik sorgfältig jede Andeutung hegemonialer, expansiver oder imperialistischer Absichten. Er relativierte die Ablehnung der Mandatsverlängerung als Pflichtübung einer Opposition. Zusicherungen nach allen Seiten des Hauses, denen man beste Absichten unterstelle, mystifizieren den Konflikt.

Was den Antrag der Bundesregierung zur SFOR-Nachfolgeoperation anbetrifft, so wird ihn die Gruppe der PDS – nicht ganz einheitlich, aber mehrheitlich – ablehnen. Wir trafen diese Entscheidung keineswegs mit leichter Hand. Wir mußten zwischen verschiedenen Aspekten abwägen. Wir widersetzten uns aber aus prinzipiellen Erwägungen einer Logik, die lautet: Wenn die Bundeswehr im Einsatz ist, gibt es keine Parteien mehr, sondern nur noch Patrioten.

Als Oppositionspartei haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Kritik zu üben und diese Kritik im Abstimmungsverhalten zur Geltung zu bringen. Wir setzen deshalb auf Zivilisierung und Entmilitarisierung in der internationalen Politik. Wir wollen, daß dies auch bei der Bewältigung des Bosnien-Konflikts konsequent umgesetzt wird. Wir bleiben dabei, daß sich deut-

sche Außenpolitik vorrangig diesem Ziel verschreibt, statt sich überall als normal werdende Großmacht mit der sich einstellenden Hybris einzumischen. (Beifall bei der PDS)

Unser Realismus steht gegen die Fortschreibung einer kriegerischen Geschichte dieser Welt, die durch immer wiederkehrende Gewalt- und Haßeskalationen geprägt wird. Wir fordern einen konsequenten Bruch mit der bisher dominierenden Militärkultur. Wir wissen: Das geht nicht über Nacht. Aber man muß es heftig beginnen wollen.

Nach der Meinung der Herren Rühle, Naumann und Bagger stellt der SFOR-Einsatz diesen Bruch bereits dar. Soldaten würden künftig vor allem schützende, helfende Funktionen ausüben und damit Voraussetzungen für die politische Gestaltung des Friedens schaffen. Das ist nicht grundsätzlich falsch und wird auch von der PDS-Gruppe akzeptiert. Es ist aber auch nicht konkret genug. Dies ist eher eine Blume auf dem Gewehr. Die Einlassungen des früheren Generalinspektors Naumann, deutsche Truppen hätten 1900 und 1902/03 erfolgreich Krisen im fernen Ausland bewältigt, sind nicht vergessen. Dies halten wir für ein falsches Vorbild. (...)

Expansionistische Außenpolitik der BRD hat, in der möglicherweise jahrelangen Phase ihrer Erfolge ein erweitertes Angebot von besseren Posten und Führungspositionen für Angehörige des deutschen Sprach-, Kultur- und Wirtschaftsraumes zur Folge. Der Anschluß der DDR z.B. brachte viele bereits gescheiterte Laufbahnen nochmal aufs Erfolgsgeleise. Da kommt Stimmung auf.

Und auch eine gute: War es nicht vorher ein Unrechtssystem? Hat man hier nicht eine Aufbauhilfe zu leisten? Ist man nicht geradezu verpflichtet, Anleitung zu geben? Darf man dann nicht auch erwarten, bei solcher Beschäftigung wenigstens seines Lebens sicher zu sein? Plötzlich wird Militär Voraussetzung ziviler Beschäftigung.

So eine Legierung von praktischem Interesse und Argument ist wie schon gesagt, sehr schwer zu trennen. Der moralische Vorhalt greift nicht, denn der Mensch, der eine berufliche Chance wahrnimmt, hat die Struktur, in der er sie wahrnimmt, nicht geschaffen, auch wird er nicht KZ-Wärter, sondern Schuldirektor. Das politische Argument zieht erst spät, wenn die Expansion auf Widerstand stößt und Opfer kostet. Wenn sich aber zeigen ließe, daß und für wenn die Spekulation auf Teilhabe an Expansionsgewinn eine Fehlspekulation ist? Läßt sich zum Beispiel zeigen, daß in der BRD-Gesellschaft der berufliche Erfolg zunehmend vom familiären Hintergrund, dem Vermögen wie den Beziehungen abhängt, so wird das die expansionistische Stimmung trüben und Interesse an anderen, solidarischen Problemlösungen anfechten, eine Tendenz, die sich im täglichen politischen und gesellschaftlichen Leben durchaus bereits wahrnehmen läßt.

maf

Kinkel will Bodentruppen nach Albanien und Mazedonien schicken

Albanische Vasallen beim deutschen Griff nach Südosteuropa

Die direkte Aufforderung, daß die Deutschen militärisch auf dem Balkan eingreifen müssen, die hinter der Aussage des albanischen Transparents auf dem nebenstehend dokumentierten Pressefoto steckt, zeugt entweder von grenzenloser Naivität oder von verbrecherischem Hintergrund. Er paßt aber in eine politische Situation in der BRD, in der die Revisionspolitiker, die hier das Sagen haben, bestimmte Festlegungen gegen den Nachfolgestaat von Hitlerdeutschland gerne aufheben wollen. In dieser Hinsicht haben sie in den letzten Jahren einige Erfolge erzielen können. Die Frage einer Neuordnung Südosteuropas aber ist für sie noch nicht befriedigend gelöst. Deshalb findet jetzt der Versuch statt, eine moralische Situation über Parteigrenzen hinweg zu schaffen, welche die BRD in die Lage versetzt, ihre Neuordnungspläne in Südosteuropa umzusetzen.

Daß Menschen in der Region auf dieses Eingreifen der BRD hoffen, ist die andere Seite des Dramas. Gerade die historischen Erfahrungen sollte sie eines Besseren lehren. Nur die wenigsten haben von der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg profitiert. Für die Mehrzahl der Bevölkerung bedeutete sie Elend, Vertreibung und Mord. Für diejenigen, die heute meinen, daß der ökonomische, politische und militärische Einfluß der BRD Segen für die Region bedeutet, seien hier ein paar historische Anmerkungen angeführt über die Ziele und Absichten des deutschen Kapitals vor 60 Jahren.

Großdeutsche Südosteuropapolitik will ...

Mit ihren reichen Bodenschätzen, ihrer entwicklungsfähigen Landwirtschaft- und Forstwirtschaft, ihren zahlreichen Arbeitskräften, den vielfältigen Anlagemöglichkeiten für Kapital und nicht zuletzt mit ihrer strategisch wichtigen Lage auf dem Kontinent und zum Mittelmeer nahmen die Länder Südosteuropas schon immer einen überragenden Platz in den Expansionsplänen der imperialistischen Mächte ein. Für den deutschen Imperialismus war dieser Teil Europas über viele Jahrzehnte hinweg Bestandteil seines Programms zur Eroberung der Vorherrschaft in Europa. Südosteuropa war die strategische Brücke nach Vorderasien, und von dort sollte der britische Einfluß im Mittelmeer zurückgedrängt werden. Zugleich war Südosteuropa ein Gebiet, in dem das deutsche Großkapital gegen seine imperialistischen Konkurrenten Frankreich, Großbritannien und USA, aber auch seinen italienischen Rivalen bekämpfte.

Im Sommer 1940 waren die Balkanstaaten Gegenstand der faschistischen

Planungen zur Neuordnung Europas und der Bildung einer europäischen Großraumwirtschaft.

Grundsätzlich richtete sich die Politik des deutschen Imperialismus gegenüber dem Balkan darauf, die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen und sie zu einem Anhängsel der faschistischen Wirtschaft zu machen, die die Rohstoffe, Halbfabrikate und landwirtschaftlichen Produkte zu liefern und als Abnehmer für deutsche Industrie und Konsumgüter zu dienen hatte.

... nicht Entwicklung, sondern Plünderung

In welchem gerade der deutsche Imperialismus seine Ziele auf Kosten der Völker Südosteuropas zu verwirklichen trachtete, geht aus einer von der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan Mitte Januar 1941 erarbeiteten Stellungnahme „Zur Frage der künftigen Wirtschaftspolitik gegenüber Südosteuropa“ hervor, in der es heißt, Deutschland würde „in keinem Fall an einer Entwicklung mithelfen können, die das dortige Lebensniveau auf Kosten der für uns verfügbaren Überschussproduktion erhöht. Wir hätten dann genau das Gegenteil dessen erreicht, was aus wirtschaftspolitischen Gründen angestrebt werden muß“. Vorgeschlagen wird dann folgender Weg: „Der Aufbau des Südostens muß demzufolge in weniger breiten Bahnen erfolgen, als oft gefordert wird. Der Gedanke der Bevölkerung des Südostens, eine rasche Besserung ihres Lebensstandard zu bringen, kann keinesfalls in erster Linie stehen. Auch wird nicht als vorrangig angestrebt werden können, die in der drückenden agrarischen Überbevölkerung zum Ausdruck kommende verdeckte Arbeitslosigkeit durch arbeitsbeschaffungsähnliche Maßnahmen im Südosten zum Verschwinden zu bringen. Es geht nicht um die Inangriffnahme sozialer Maßnahmen und großer Wirtschaftsprojekte mit langer Reifezeit, son-



Bilddokument aus: „Handelsblatt“, 12./13.6.98, Quelle dort: ap

dern Kapital soll nur in solche Zweige der Industrie investiert werden, die schnelle Erträge erwarten lassen.“

Nicht anders wird es der Bevölkerung des Balkans heute ergehen. Es ist auch heute naiv darauf zu setzen, daß die BRD-Regierung und das bundesdeutsche Kapital ein anderes als dieses kurzfristige Profitinteresse hat. Aber dieses muß auch gesichert werden. Vertrauen auf die einheimischen Polizeikräfte wird von der Bundesregierung nicht gehegt. Um bundesdeutsche Kapitalanlagen zu sichern, schmiedet die Bundesregierung ihre Kollaborationseinheiten. So hieß es in einer Pressemitteilung der Bundesregierung, in der sie ihre „Aufbauleistung“ für Albanien lobt, Anfang des Jahres u.a.:

„Unter der Leitung WEU-Präsidentenschaft von 1. Juli bis 31. Dezember 1997 war es zu einer Verlängerung des Polizeiberatungs- und -Ausbildungselementes über den Oktober 1997 hinaus um zunächst 6 Monate sowie zur personellen Aufstockung des Kontingentes auf bis zu 90 Mitglieder, davon bis zu 15 Deutsche, und zu einer besseren Ausstattung der albanischen Polizei gekommen.“

Auch dieses Vorgehen hat seine historischen Vorbilder. Nachdem Italien 1943 aus der Hitlerkoalition ausschied, übernahm Deutschland auch die von italienischen Truppen besetzten Teile von Albanien. Polizei und Verwaltungsstrukturen waren zusammengebrochen. (Die Situation erinnert in gewisser Weise an den Auflösungsprozeß Albaniens 1997, der

Kinkel, Daimler und die BRD-Kroatienpolitik

Die folgende Rede von BRD-Außenminister Kinkel, die wir in Auszügen dokumentieren, zeigt die Verflechtung zwischen den Interessen der Großkonzerne und der Politik. Sie ist aber auch ein interessantes Dokument der deutschen Südosteuropapolitik.

Rede des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel anlässlich des Kroatien-Symposiums der Daimler-Benz AG in Stuttgart, 20. Januar 1998:

„Dieses Seminar zeigt: Daimler-Benz hat einen klaren Blick für Zukunftschancen. Die liegen direkt vor unserer Haustür. Nach Expertenmeinung wird Mittel- und Osteuropa 1998 im Wachstum weltweit an der Spitze liegen. Der Verkauf der sechs Airbusse an Kroatien ist ein Volltreffer! Morgen startet der erste von ihnen von Hamburg nach Zagreb. Für die europäische Luftfahrtindustrie und die „Croatian Airlines“ wahrlich ein Grund zum Feiern. Deutsche und Kroaten rücken damit noch ein Stück näher zusammen ...

Daimler-Benz wünsche ich viel Erfolg

auf dem Zukunftsmarkt Südosteuropa. Besonders freut mich, daß Sie sich auch für kroatische Kinder und für die Minenräumung engagieren. Sie wissen, wie sehr mir das am Herzen liegt!

Meine Damen und Herren, Deutsche und Kroaten verbindet eine enge Freundschaft. Wir Deutsche waren die ersten, die den Wunsch der Kroaten nach Selbstständigkeit respektierten und den neuen Staat anerkannten. Ich erinnere mich noch gut an die Dankkundgebungen auf dem Bonner Marktplatz, die Freude in den Gesichtern, als Kroatien diesen wichtigen Schritt in die Unabhängigkeit geschafft hatte. 10% der kroatischen Bevölkerung lebt und arbeitet in Deutschland – und Hunderttausende deutscher Touristen machen jedes Jahr Urlaub in Kroatien. Wie gut sich Schwaben und Kroaten ergänzen, sieht man jeden Samstag an Fredi Bobic. Dies hat lange Tradition. Schon unsere Vorfahren im Mittelalter schätzten einen guten Tropfen Dalmatiner Wein und machten sich mit kroatischen Tüchern fein.

Heute ist Kroatien für uns ein hochinteressanter Zukunftsmarkt. Die Zagreber Herbstmesse mit 3 000 Ausstellern aus 44 Ländern hat gezeigt: Kroatien mischt mit im internationalen Geschäft. In Südosteuropa sind die Kroaten ganz vorne dran. Die Voraussetzungen für wei-

teres Wachstum stimmen:

Die Währung stabilisiert sich, es gibt große Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung, die Privatisierung kommt voran. Darauf können die Kroaten stolz sein! Und das eröffnet auch Chancen für die deutsche Wirtschaft. Deutschland ist Kroatiens Handelspartner Nr. 1. Kein Land hat dort mehr investiert als wir. Auch bei den joint ventures liegen wir vorn.

Immer mehr deutsche Unternehmen und Banken nutzen die Vorteile des Standorts Kroatien. Besonders freut mich, daß auch der Mittelstand mitzieht. Und die Hermes-Versicherung hat unlängst den Plafond für Kroatien auf 200 Mio. DM verdoppelt. Den deutschen Unternehmern sage ich: Der Auswärtige Dienst ist immer für Sie da. Nutzen Sie unsere Angebote! Außenwirtschaftsförderung ist bei mir Chefsache! (...)

Wichtig bleibt die engere regionale Zusammenarbeit. Die Zersplitterung der Märkte muß ein Ende haben. Es darf keine neuen Grenz- und Handelsbarrieren geben. Nur so kann das große wirtschaftliche Potential genutzt werden. Und nur durch ein solches Zusammenwirken entsteht auch das für eine gute Zukunft notwendige Vertrauen zwischen den Menschen.“

Quelle: Pressestelle des Auswärtigen Amtes

dann unter der WEU-Präsidentschaft Deutschlands in der oben beschriebenen Weise genutzt wurde.) General Ernst von Leyser wurde, um die Scheinsouveränität des Landes zu wahren, zum deutschen General in Albanien deklariert. In Wirklichkeit war er Militärbefehlshaber in Albanien. Er übte mit seinen zwei nachgeordneten Dienststellen und den zwei in Albanien stationierten Divisionen sowie mit den Verbänden zweier weiterer Divisionen praktisch die Regierungsgewalt aus. (Inzwischen hat die Bundesregierung vor, Bodentruppen nach Albanien und Mazedonien zu entsenden. Es ist dann nur eine Frage der Zeit, wann die entsprechenden Befehlsstellen die faktische Macht in beiden Ländern in den Händen halten). Unterstellt war General Leyser der Höhere SS- und Polizeiführer Albanien, SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Josef Fitzthum, der u.a. als technischer Berater für die Aufstellung einer albanischen Polizei tätig war. (s.o.) Auf dem Gebiet von Großalbanien (einschließlich dem Kosovo und anderen von Albanern besiedelten Gebieten, das von der deutschen Besatzungsmacht geschaffen wurde) wurde die 21. Waffen-SS-Gebirgs-Division „Skanderbeg“ aus Albanern zusammengestellt.

Nachdem so militärisch die Interessen Deutschlands abgesichert waren, ging es an die Ausplünderung des Landes. Aus dem Gebiet, das schon vor dem Kriege als Armenhaus Europas bekannt war, zogen

die deutschen Besatzer heraus, was nicht niert- und nagelfest war. Ausgebeutet wurden die Erdölvorkommen aus Vlore und die riesigen Chromerzvorkommen. Ein deutsches Warenausgleichsbüro in Form einer GmbH, das im Februar 1944 von der Reichsgruppe Industrie und Handel nach dem Vorbild der DEGRIGES in Griechenland gegründet wurde, diente als Instrument der Ausplünderung des Landes. Für die albanische Bevölkerung hieß das, sie wurde entweder als Arbeitsklaven nach Deutschland verschleppt oder mußte Zwangsarbeit im eigenen Lande verrichten.

Herkunftsland der heutigen angeblichen albanischen „Befreiungsarmee“ UCK scheint übrigens wieder die BRD zu sein. So wurde deren politische Struktur am 17.2.1982 in der BRD zunächst als „Volksbewegung für eine Republik Kosovo“ (LPRK) durch einen Zusammenschluß von vier zuvor selbständig im Untergrund tätigen Gruppen gebildet. Später strich man das „R“ aus dem Namen und heißt seitdem LPK. In der BRD firmiert diese seit 1994 als „Demokratische Vereinigung der Albaner in Deutschland e.V.“ Die LPK tritt als politischer Arm der UCK auf und stellt dieser ihr in der Schweiz erscheinendes Organ „Zeri i Kosoves“ für Kommunikationen zur Verfügung. (Angaben aus ND, das sich auf die *Österreichische Militärische Zeitschrift ÖMZ* beruft). Hintermann in Albanien ist kein geringerer als der alte Kohl-Freund Sali Berisha. Der wurde 1997 als Staatspräsi-

dent von Albanien durch ein Aufstand zu Teufel gejagt, weil er zu offensichtlich der Bevölkerung das Geld aus der Tasche zog und das Land gänzlich ausverkaufte. Nun unterstützen er und seine Anhänger die UCK mit Geld und Waffen.¹⁾

Wenn nun also heute die Kämpfer der UCK in deutschen Uniformen herumstolzieren oder solche Transparente wie auf dem Photo präsentieren, dann sind ihnen die historischen Verbrechen, die die Wehrmacht auf dem Balkan an ihren Angehörigen begangen hat, entweder vollkommen egal, oder man muß dies sogar noch als Zustimmung interpretieren. Beides kann nicht akzeptiert werden. Die Befreiungsbewegungen der Völker des Balkans gegen die deutschen und italienischen Besatzer haben andere Konzepte eines friedlichen Zusammenlebens der Balkanvölker entwickelt. Und auf die muß man zurückgreifen. *hav*

1) „Für die Waffen sorgt offenbar der ehemalige albanische Präsident Berisha. Er kontrolliert die Grenzregion und soll die UCK-Befreiungskämpfer mit Gewehren aus albanischen Depots versorgen, die zum Ende seiner Herrschaft im vergangenen Jahr geplündert wurden. Einige der jungen Kosovo-Albaner, die nach ihrer Flucht nach Albanien sofort von der UCK rekrutiert wurden, erhielten die Waffen kostenlos. Andere müssen 500 Mark für eine Kalaschnikow bezahlen.“ (*Tagespiegel*, Berlin, 17.6.98)

Weitere Quellen: Als Material für den Artikel diente die hervorragende Geschichte des Zweiten Weltkriegs aus der DDR. „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, Bd. 1-6. Dort sind auch die zitierten Quellen zu finden.

**Kuba: Interview
mit dem Philosophen Juan
Antonio Blanco**

Die Revolution braucht freie Debatten

(Quito, Mai 1998, alai Poonal). Getroffen vom Zusammenbruch des sozialistischen Blocks, eingekreist durch die US-Blockade, bleibt Kuba kein anderer Weg, als sich der in diesen Momenten einzigen realexistierenden Welt anzupassen. So denkt der kubanische Philosoph und Historiker Juan Antonio Blanco. Derzeit koordiniert er das Weltmenschenrechtsforum „Wien + 5“, das im Juni im kanadischen Ottawa stattfinden wird. Mit ihm sprach Eduardo Tamayo über das Ausmaß der kubanischen Krise, die verschiedenen Sichtweisen über diese Entwicklung sowie Auswege, die seiner Meinung nach eine ständige und zügige Veränderung erlauben würden, ohne damit die kubanische Gesellschaft dem vorherrschenden Modell in Lateinamerika unterzuordnen.

Wie sehen Sie die kubanische Gesellschaft heute?

Blanco: Sie macht zwei Krisen gleichzeitig durch: eine konjunkturelle, die durch den Zusammenbruch des sozialistischen Blocks und das verschärfte Embargo bedingt ist. Diese Krise ist im wesentlichen ökonomischer Art und hat von außen kommende Ursachen. Ich will damit sagen, Ursachen, die nicht dem Willen und der Kontrolle der Regierung und der Kommunistischen Partei unterliegen. Die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind schrecklich. Die andere Krise ist strukturell. Unsere Gesellschaft muß wie jede andere Gesellschaft ihre Einrichtungen weiterentwickeln. Sie darf nicht eine bestimmte institutionelle Form auf dogmatische Weise einfrieren und davon ausgehen, daß sie die einzig mögliche Form des Sozialismus ist. Damit die kubanische Gesellschaft weiterhin revolutionär genannt werden kann, ist sie verpflichtet, eine Gesellschaft ständiger und zügiger Veränderung zu sein. Sonst würden wir von einer postrevolutionären Gesellschaft sprechen (...)

Wie weit und in welche Richtung sollen diese Änderungen gehen?

Blanco: Wenn wir darunter die Angleichung der kubanischen Gesellschaft an den Rest Lateinamerikas verstehen, wäre ich der erste, der sich widersetzen würde. Ich beurteile die politischen und wirtschaftlichen Systeme nach ihren Ergebnissen, nicht nach ihren Predigten. Es hilft nicht viel, wenn es eine Wahl zwischen hundert Parteien gibt, wenn dieses

politische System am Ende nicht in der Lage ist, etwas Positives für die Bevölkerung zu tun und für wirkliche politische, wirtschaftliche und soziale Freiheit der Gesellschaft zu sorgen. Erst recht nicht, wenn zudem die Rückkehr der Militärs immer gegenwärtig ist. Als ob diese die Garanten unserer Freiheit wären. Das ist die kontrollierte oder bevormundete Demokratie genannt worden, was da in den 80er Jahren in verschiedenen Ländern unserer Region konstruiert wurde. Wenn eine Änderung der kubanischen Gesellschaft so verstanden werden sollte, bin ich offen dagegen. Aber es wäre ein Fehler zu meinen, die kubanische Gesellschaft könnte sich mit ihrem Status Quo verschanzen, sich jeder Art Wechsel verschließen und weiterhin die Spannungen und die sozialen Probleme verwalten, als ob nichts in dieser Welt geschehen wäre. *Jetzt einmal konkret. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden?*

Blanco: Um die konjunkturelle Krise zu überwinden, müssen wir gegen das Embargo kämpfen. Es verhindert, daß Kuba sich wieder ökonomisch in die Welt eingliedert. Aber unsere interne Effizienz wird durch die strukturelle Krise verhindert. Es ist traurig, auf den fünften Parteikongreß zu kommen und verkünden zu müssen, daß immer noch 70 Prozent der Unternehmen im Land nicht rentabel sind. Jetzt müssen wir kurzfristig eine Entscheidung treffen. Das Dilemma: Entweder hoffen wir auf das Wunder, in drei Jahren das zu lernen, was wir in 40 Jahren nicht lernten innerhalb desselben institutionellen Rahmens effizient zu sein oder wir werden damit beginnen müssen, Fabriken zu schließen und die Leute auf die Straße zu schicken. Es gibt eine Finanzkrise, die eine Subvention der Fabrik nicht mehr für einen längeren Zeitraum erlaubt. Das sind Realitäten, denen wir ins Gesicht sehen müssen. Wir müssen entscheiden, ein weiteres Mal kreativ und revolutionär zu sein, oder den Kopf wie Vogel Strauß in den Sand zu stecken.

Welche Tendenzen, welche Visionen gibt es in der Regierung und auf Kuba? Wie soll die Krise überwunden werden?

Blanco: Punkt 1: Eine eingekreiste Revolution, eine Revolution, der die größte Supermacht, die es in der Geschichte der Menschheit gegeben hat, feindlich gegenübersteht, muß natürlich sehr geeint bleiben, wenn sie überleben will. Punkt 2: Manchmal versuchen wir, ein fiktives Bild der Einheit darzustellen, über die wirklich bestehende hinaus. Gerade deswegen, weil der Feind immer Risse sucht, wo er seine Spaltarbeit in den revolutionären Reihen machen und Vorteile erlangen kann. Fest steht es ist eine Binsenweisheit daß es keine zwei menschlichen Wesen gibt, die gleich denken, nicht einmal in derselben Familie. Viel weniger in einer Partei, noch weniger in einer Regierung, noch viel weniger in einer Nation. Ich will damit sagen, schon seit dem Kampf gegen den Diktator Batista gab es

verschiedene Visionen, wie die Revolution zu führen sei, wie die neue Gesellschaft organisiert sein sollte usw.

Eine Zeitlang, zu Beginn der Revolution, waren diese Meinungsverschiedenheiten sogar öffentlich. Che Guevara beispielsweise stritt mehrmals öffentlich mit anderen Führungspersönlichkeiten. Seine Argumente und die Gegenargumente der anderen Compañeros wurden publiziert.

Ich pflichte dem kubanischen Schriftsteller Cintio Vitier bei, der sagte, Einheit sei nur möglich, wenn die Unterschiedlichkeit anerkannt werde. Es kann nicht etwas geeint werden, was monolithisch ist. Wenn Sie etwas einen, dann, weil es unterschiedlich ist. Die wirkliche Einheit kann man nur auf der Grundlage der Freiheit, des Konsens, der Überzeugung schmieden. Andere Compañeros denken, die Einheit ist so notwendig für uns, daß sie aufgezwungen werden muß. Meiner Meinung nach ist das der Weg ins Desaster.

Für mich existieren zwei große Gefahren in der kubanischen Revolution. Für jede Revolution hat es die immer gegeben, wir sind da nicht außergewöhnlich. Die Gefahr der konterrevolutionären Restauration, egal ob extern oder intern. Und die Gefahr, daß die Revolutionäre verhängnisvolle Fehler begehen.

Der einzige Weg, die zweite Gefahr zu bannen, besteht darin, so demokratisch und flexibel wie möglich zu sein, die verschiedenen Meinungen und Visionen der revolutionären Gruppen über die Verwirklichung des Sozialismus zu vergleichen. Das ist nicht immer ein harmonischer Prozeß, bestimmte Meinungen werden sich benachteiligt fühlen, das ist unvermeidlich. Aber wir hätten dann wenigstens die Befriedigung, daß ein Beschluß aus einer Debatte entstanden ist, an der alle mitgewirkt haben.

Die Richtung muß von der Mehrheit der Bevölkerung, der Regierung und der Partei unterstützt werden. Dann ist es einfacher für eine Minderheit, sich mit einer Mehrheitsentscheidung abzufinden. Und die Mehrheit muß sich auch daran erinnern, daß sie nicht deswegen Recht hat, weil sie die Mehrheit ist.

Die Minderheit könnte Recht haben und das mit der Zeit beweisen. Darum muß das Recht der Minderheit respektiert werden, weiterhin ihre Meinung zu äußern, unabhängig davon, wie die Entscheidung ausfiel. Von niemand darf eine Meinungsänderung deswegen verlangt werden, weil er in der Minderheit blieb. Wäre das so, hätte es auf Kuba oder in der UdSSR niemals eine Revolution gegeben.

Wenn das Einheitskriterium aufgezwungen wird, ist das ein gefährlicher Weg. Denn so werden sich die Leute nicht als Teil eines freiwillig erreichten Konsens, sondern eines zwanghaften Konsens fühlen. Wenn dies der Fall ist, haben die Leute kein Vertrauen in die Zukunft, denn sie glauben nicht an den angeblich existierenden Konsens. •



STREIK BEI GENERAL MOTORS. Ein Streik in zwei Zulieferbetrieben von GM hat zum Zusammenbruch der kompletten Produktion geführt. Im „Flint Metal Center“ und „Delphi Flint East“ streiken 9.000 Arbeiter und Angestellte, Mitglieder der Automobilgewerkschaft UAW, gegen die Vergabe von Aufträgen an Fremdfirmen und Produktionsverlagerung in Billiglohnländer. GM hat in den letzten fünf Jahren 65.000 Arbeitsplätze abgebaut und machte 1997 6,7 Mrd. Dollar Profit. GM plant, weitere 50.000 Arbeitsplätze in den USA abzubauen und in Billiglohnländern produzieren zu lassen.

Türkischer Protest gegen „Die 40 Tage des Musa Dag“ am Burgtheater

Das Ensemble des Wiener Burgtheaters und Ärzte ohne Grenzen lasen am 12. Juni aus dem Roman „Die 40 Tage des Musa Dag“ von Franz Werfel. Der 1933 erschienene Roman verarbeitet den Völkermord im osmanischen Reich an den Armeniern, dem ca. 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Gegen die Lesung protestierte Ömer Akbel, türkischer Botschafter in Wien: „Die Behauptung, daß ein Genozid an den Armeniern durch die jungtürkischen Machthaber stattgefunden hat, entspricht nicht den historischen Tatsachen. Anfang des 20. Jahrhunderts verloren in Anatolien ca. 350.000 Armenier sowie rund 2 Millionen muslimische osmanische Bürger ihr Leben. Die Todesursachen waren jedoch nicht Massaker oder Völkermord, sondern Hungersnöte, Epidemien, Unruhen und Kriegszustände, infolge der widrigen Umstände, in denen sich das Reich während seines Zerfalles befand, sowie infolge der Zusammenarbeit der Armenier in der Grenzregion mit Rußland, mit dem das Osmanische Reich im Kriegszustand war und der daher bedingten Umsiedlung ... Definitionsgemäß ist ein Genozid der vorsätzliche Versuch, die Gesamtheit einer Menschengruppe auszurotten, wie dies einige Jahrzehnte später in Zentral-europa passiert ist.“ Weiter erging sich der Botschafter in obskuren Quellen, die das Gegenteil beweisen sollten. Der Direktor des Burgtheaters, Claus Peymann, antwortete dem Botschafter: „Ihren Pro-

testbrief anlässlich der 20. Wiederholung unserer Lesung aus Franz Werfels Roman ... habe ich zur Kenntnis genommen. Wir greifen Ihre Anregung auf und werden Ihren Brief als Ihre Stellungnahme zu den historischen Ereignissen unserem Programmheft beilegen.“ (rub)

Italien, Spanien: Arbeitslosenprotest

Hunderttausende Menschen haben am 20. Juni in Spanien und Italien für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen protestiert. In Rom gingen an die 40.000 Menschen gegen die Politik der Regierung Prodi auf die Straße. Aufgerufen dazu hatten die drei großen Gewerkschaften und Gruppen vor allem aus Süditalien. Die Sprecher der Gewerkschaften sagten, daß nun die Form des protestes gegen die Regierungspolitik sich wandeln muß. Der nächste Protest sei der Generalstreik. Die Vertreter aus Süditalien kritisierten, daß trotz vieler Ankündigungen noch keine Unterstützung im Süden angelangt sei.

In Spanien demonstrierten einige zehntausend Menschen für die Einführung der 35 Stundenwoche. Aufgerufen hatten die großen Gewerkschaften und linke Organisationen.

England: Extreme Lohnspreizung

Nach einer Untersuchung des deutschen Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) gibt es in Großbritannien eine zunehmende Lohnspreizung nach unten, die das Problem von Armut trotz

Arbeit entstehen lasse. Auch sei der Anteil der Familien ohne irgendeinen Erwerbstätigen kontinuierlich gewachsen und habe mittlerweile 20% erreicht. Unter den europäischen Ländern weise Großbritannien die höchste Lohnspreizung auf. Das liegt laut dem Bericht des IAB an der völlig unregelmäßigen Arbeitsmarktverfassung. Es gebe weder einen Mindestlohn noch einen nennenswerten Kündigungsschutz oder eine Rechtsvorschrift über Arbeitszeit und Urlaubsanspruch. Die drastische Beschneidung von Gewerkschaftsrechten hat den Lohnabhängigen weitgehend recht- und machtlos gemacht. Im Unternehmen wird zwischen Kapitalist und Lohnabhängigen die Modalitäten der Arbeit geregelt, und da bestimmt das Kapital. Auch sei die durchschnittliche Arbeitszeit in Großbritannien nicht wie in den anderen EU-Ländern gesunken, sondern habe sich in den vergangenen Jahren erhöht. „Mehr und mehr Lohnabhängige haben eher lange Arbeitszeiten, und immer mehr Teilzeitbeschäftigte haben verhältnismäßig kurze Arbeitszeiten“, so der IAB-Bericht. Verschärft haben sich auch die Bedingungen für Arbeitslose. Seit Oktober 1996 gibt es nur noch eine einheitliche Leistung von 50 Pfund die Woche. Diese Pauschale Unterstützung werde nur für ein halbes Jahr gezahlt, danach gibt es nur Geld nach einer Bedürftigkeitsprüfung. Wer mehr als 8.000 Pfund Ersparnisse besitze, fällt ganz aus der Arbeitslosenunterstützung heraus. Ende letzter Woche verkündete die Regierung die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 3,60 Pfund, ungerechnet knapp 10 DM die Stunde.

Südafrika: Chemielabors produzierten Giftstoffe gegen Schwarze

Unter dem Decknamen „Projekt Coast“ arbeiteten Wissenschaftler im Namen des Apartheid-Regimes bis Mitte der neunziger Jahre an meist tödlichen Stoffen, die die Herrschaft der Weißen in Südafrika sichern sollten. Vor der südafrikanischen Wahrheitskommission, die die Verbrechen aus der Apartheidzeit aufdecken soll, sagte nun Prof. Daan Goosen aus, daß er schon lange daran forsche, einen Erreger zu finden, der nur Mitglieder einer bestimmten Rasse tötet. „Ich glaube immer noch, daß das wissenschaftlich machbar ist“, sagte der Professor. In den Labors wurden vergiftete Schokolade, Zigaretten und Briefumschläge hergestellt. Kleider wurden mit giftiger Substanz getränkt, die tödlich wirkte. Frank Chikane, damals Generalsekretär des südafrikanischen Kirchentages und heute Berater von Vizepräsident Mbeki, konnte nur gerettet werden, weil er sich in den USA befand, als er vergiftete Unterhosen trug. Die südafrikanische Militärs hatten damit gerechnet, daß er in Namibia sei, wo es keine Gegenmittel gegen das Gift gegeben hätte.

(Zusammenstellung: hav)



Die Europäische Zentralbank eröffnet ihr Geschäft – Wir demonstrieren dagegen

Demonstration am 27. Juni 1998 in Frankfurt/Main, 12 Uhr, Alte Oper

Gegen ein Europa der Konzerne, der Massenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus. Für eine Welt, in der viele Platz haben! Gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen durch die Festung Europa. Für ein gleichberechtigtes Miteinander in kollektiver Verantwortung, in der kein Mensch illegal ist! Gegen Repression nach außen und Politik der inneren Sicherheit, welche zur Durchsetzung der ökonomischen und strategischen Interessen der Privilegierten dient. Für ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Gerechtigkeit für alle! *Die Demo wird von antifaschistischen, gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Gruppen und Personen unterstützt.*

Keine Abschiebung von Schülerinnen und Schülern in die Türkei!

FRANKFURT/MAIN. Im August droht erneut die Abschiebung der kurdischen Familie Özdemir und ihrer achtjährigen Tochter Yasemen in die Türkei. Verschiedene Organisationen und Einzelpersonen hatten sich monatelang für ein Bleiberecht der Familie engagiert. Der Landtag hatte daraufhin beschlossen, die Abschiebung auszusetzen bis zum Ende des Schuljahres 97/98. Der StadtschülerInnenrat hat jetzt mit Unterstützung der DGB-Jugend, der GEW und LehrerInnen der Willemerschule eine Dokumentation erstellt, mit der weitere Aktivitäten gegen die Abschiebung unterstützt werden sollen. Im Vorwort heißt es u.a.: „Die Herausgeber dieser Dokumentation werden nichts unversucht lassen, der Familie Özdemir ein Bleiberecht zu verschaffen und die Abschiebung von Schülerinnen und Schülern überhaupt als antidemokratischen und antihumanen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention in der Öffentlichkeit bewußt zu machen. Daß die Bundesrepublik sich weigert, die UN-Kinderrechtskonvention zu unterzeichnen, ist der eigentliche Skandal, der hinter der geplanten Vollstreckung der Abschiebung eines achtjährigen kurdischen Mädchens steht ...“

Die Dokumentation kann bei der GEW (069 / 29 18 18) angefordert werden.

Schülerstreiks und Demonstrationen – Lehrer schließen sich an

MÜNCHEN. Beim Festakt zum 150jährigen Jubiläum des Ernestinum-Gymnasiums in Coburg forderte die Musiklehrerin vor den Ehrengästen sämtliche Mitglieder des Schülerchors und -orchesters auf, die Bühne zu verlassen, deren Musikunterricht im nächsten Jahr gestrichen werden soll. Es blieben fünf Schüler auf der Bühne übrig. Die verdutzten Zuschauer spendeten donnernden Applaus. Überall gibt es großen Unmut über die geplante bayerische Schulreform, mit der z.B. der Musik- und Kunstunterricht er-

heblich reduziert werden soll. Mit einer Unterschriftenaktion und mehrtägigen Protestzügen von mehreren Tausend durch die Münchner Innenstadt demonstrierten Schüler gegen die geplante Aufhebung des Kurssystems. Nun erhalten sie zunehmend Unterstützung durch die Lehrer. Der Sprecher des Kultusministeriums setzt die Zeichen auf Sturm, er wittert eine Verschwörung „linker Lehrer und Eltern: Die instrumentalisieren Schüler für ihre Zwecke. Das ist Kindesmißbrauch!“ Die Landtagsgrünen haben angekündigt, jedem Schüler, der einen Verweis erhalte und ihn an die Fraktion schicke, eine „Ehrenurkunde für Zivilcourage“ auszustellen. *baf*

PDS beantragt Landtagsdebatte zum Arbeitsplatzabbau bei Siemens

DRESDEN. Auf Antrag der PDS-Fraktion findet in der 82. Landtagssitzung eine aktuelle Debatte zum Thema „Siemens in Sachsen: Politik zwischen betriebswirtschaftlichen Zwängen und sozialer Verantwortung“ statt. Die Landtagsabgeordnete der PDS, Christine Ostrowski, begründet dies: „Die Gefährdung von Hunderten Arbeitsplätzen am Siemens-Standort in Dresden-Übigau durch die Politik des Konzerns brennt nicht nur den Betroffenen auf den Nägeln. Hohe Subventionen, um einen Konzern nach Dresden zu locken, der praktisch gleichzeitig an einem anderen Standort in Dresden Arbeitsplätze abzubauen trachtet, erweisen sich als ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Die Staatsregierung ist gefordert, den mit Hunderten Millionen Steuermark geförderten Siemens-Konzern an sein Versprechen bei der Übernahme des Übigauer Unternehmens zu erinnern. Von einem Arbeitsplatzabbau war damals keine Rede, nun sollen Ende diesen Jahres 120 Beschäftigte gehen. In der aktuellen Debatte in muß die Staatsregierung Farbe bekennen, ob sie sich zum Sklaven der Siemens-Konzernpolitik macht oder in der Lage ist, im Interesse der Übigauer Beschäftigten, deren Familien und letztlich auch der Lan-

deshauptstadt Siemens klar zu machen, daß die millionenschwere Unternehmensförderung keine Einbahnstraße sein kann. *PDS-Fraktion im Sächs. Landtag*

Stadtrat soll das Recht auf einen Betriebsrat unterstützen

FRIEDBERG/AICHACH. Der Stadtrat soll die Bemühungen derjenigen unterstützen, die bei der Firma Segmüller einen Betriebsrat einrichten wollen; außerdem soll die Firmenleitung aufgefordert werden, diese Bestrebungen nach Kräften zu fördern. So lautete ein Antrag des Grünen-Stadtrats Müllegger bei der letzten Sitzung. Wie berichtet (Pol. Ber. 11, S. 18), mußte bei dem größten Möbelhaus in Süddeutschland mit 1650 Beschäftigten die Gewerkschaft HBV mit Gerichten durchsetzen, daß erste Vorbereitungen für die Bildung eines Betriebsrats möglich waren. Der Grünen-Stadtrat kennzeichnete dies als „vordemokratische Zustände“. Doch er erhielt eine herbe Abfuhr von der Stadtratsmehrheit. Die Freien Wähler empfanden den Antrag als „fast peinlich“ und die CSU fühlte sich „mißbraucht“. Die öffentliche Aufmerksamkeit aber wurde geschärft. *baf*

Volksbegehren für mehr Mitspracherechte in der Kommunalpolitik

STUTTGART. Am 20. Juni begann die Unterschriftensammlung des Volksbegehrens „Mehr Demokratie“ in Baden-Württemberg. In diesem Bundesland sind Bürgerbegehren bei fast allen Bau- und Verkehrsprojekten verboten. Während beinahe alle Bundesländer kreisweite Bürgerentscheide eingeführt haben, ist hier die Mitsprache der Bürger ebenfalls nicht zulässig. Eine Abstimmungsklausel erlaubt Kommunalpolitikern außerdem, ein Bürgervorum hinterher für ungültig zu erklären. Mehrheitsentscheidungen der Bürger werden deshalb oft mißachtet. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung will diese Hürden und Klauseln beibehalten und nur die Eingangshürden für Bürgerbegehren leicht absenken. „Wir wollen ein wirksames Beteiligungsrecht für Menschen in ihren Gemeinden und Landkreisen erreichen“, sagte die Vertrauensfrau des Volksbegehrens, Britta Kurz. *Mehr Demokratie e.V.*

„Fairneßvereinbarung“ zur Wahl

KÖLN. SPD, FDP, Grüne und PDS haben bisher die Vereinbarung unterschrieben, die der „Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit“ vorlegte: Sie „verpflichten sich, im anstehenden Bundestagswahlkampf inhaltlich fair zu bleiben und nicht auf Kosten von MigrantInnen Wahlkampf zu betreiben“. Wer auf Wahlveranstaltungen rassistische Äußerungen hört, wird gebeten, den Runden Tisch zu informieren. Ziel ist es, rassistische Hetze öffentlich zu machen und ihr auch öffentlich entgegenzutreten. •

REP-Provokation gegen Gysi-Veranstaltung in Wülfrath endet kläglich

Mehrere hundert Antifaschisten beteiligten sich am Mittwoch, 17.6.1998, an Aktionen gegen eine Provokation der REP in Wülfrath, die auch von anderen Faschisten unterstützt wurde. Autonome Antifa-Gruppen, DGB, PDS, VVN-BdA und andere hatten kurzfristig dazu aufgerufen, nachdem die REP in der Kleinstadt in der Nähe von Wuppertal eine Demonstration gegen die „SED/PDS und alle Altkommunisten“ angemeldet hatten. Der Anlaß: Die Demokratische Linke Wülfrath (DLW), ein im Stadtrat verteilter, lokaler linker Zusammenschluß, hatte Gregor Gysi eingeladen. Die Aktion der REP konnte zwar nicht verhindert werden, fiel aber ausgesprochen kläglich aus.

„Die Neonazis dürfen nicht durchkommen“, so lautete die Überschrift des Aufrufes gegen den REP-Aufmarsch. Bei der antifaschistischen Kundgebung um 16.00 Uhr redeten Gewerkschafter, der Landsvorsitzende der VVN-BdA Jupp Angenforth und die PDS-Bundestagskandidatin Ulla Lötzer. Umrundet von etlichen Antifaschisten und abgesichert von einem großen Polizeiaufgebot versammelten sich auf einem benachbarten Platz 100 m entfernt für kurze Zeit rund 15 REP-Anhänger. Außer schwarz-rot-goldenen Fahnen, zwei oder drei Schildern mit ausländerfeindlichen Parolen und dem Schriftzug „Gysi = Stasi“ war jedoch von außen nichts zu sehen.

In der Öffentlichkeit „hängen“ blieb eher die Stimmungsmache der CDU. Statt sich von der rechtsradikalen Provokation zu distanzieren, hetzte sie ebenfalls gegen den unliebsamen Besuch. Willi Münch, CDU-Mitglied und ehemaliger Kulturverantwortlicher, veröffentlichte im Anzeigenblatt „Super-Tip“ eine Karikatur, die Gysi in schlimmster „Stürmer“-Manier mit jüdischen Gesichtszügen darstellt. Der DGB-Kreis Bergisch-Land warnte in einer Stellungnahme denn auch vor der „Verbrüderung“ von CDU und Faschisten: „Man kann nicht über neonazistische Verwerfungen im Osten jammern und hier vor der Haustür die Neonazis dulden oder sie durch eigene Handlungen akzeptabel machen“.

Eine auch von der CDU angekündigte Protestaktion gegen den Besuch von Gregor Gysi fiel jedoch ganz aus. Um 14.30 Uhr diskutierte Gysi wie geplant mit Schülern, um 17.00 Uhr sprach er in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung. Sie war nach anfänglichem Zögern der Stadtverwaltung ins Foyer der Stadthalle verlegt worden und besser besucht, als erwartet.

wof

Bleiberecht für alle! – NPD wollte Gegendemonstration!

Am 6.6.98 war in Offenburg mit einer von der Stadt Offenburg kalkulierten und offenbar auch provozierten Konfrontation zu rechnen. Wochen im voraus hatte ein Pro-Asyl-Bündnis zu einer Demonstration aufgerufen, vier Tage vor dem Termin hatte die NPD über ihren Ortsgruppenleiter zu einer – mit rassistischen Inhalten begründeten – Gegendemonstration aufgerufen. Gleiche Zeit, gleicher Ort, gleiche Route, ausdrücklich mit Verweis auf die (Parallel-)Demonstration zur Unterstützung von Asyl und Bleiberecht.

Der Leiter der Ordnungsbehörde der Stadt Offenburg, ein Herr Bär oder Baer, war offenbar in Kenntnis dieser Situation auch gewillt, der NPD die Erlaubnis zu ihrer Provokation zu gewähren. Erst am Abend vor der Demonstration kündigte die NPD an, nachdem gerichtliche Schritte angekündigt worden waren, die Demonstration abzusagen und auf einen anderen Samstag zu verlegen (Lafontaine kam eine Woche später nach Offenburg, das sei auch Grund genug, dagegen aufzutreten): Dieses Rückzugsgefecht ging offenbar aber nicht freiwillig über die Bühne; denn aufgrund dieser Konstellation waren andere Gruppen an die Stadt herangetreten und hatten sie aufgefordert, diese NPD-Provokation zu untersagen. Vor dem Verwaltungsgericht Freiburg war eine Eilverfügung eingereicht worden.

Erst am Abend vor der Demo am 6.6.98 blies die NPD zum Rückzug: in Kassel sei gerade der nationale Aufmarsch gegen die Wehrmachtausstellung und dies sei ihnen wichtiger, ihre Mannen dorthin zu schicken. Am nächsten Samstag sei man dann wieder auf Offenburg eingestellt. Die SPD z.B. hatte sich dieses Mal um eine Stellungnahme herumgedrückt; sie

habe mit der Pro-Asyl-Demo nichts zu tun, sie hätten diese auch nicht vorbereitet.

An der Demonstration nahmen schließlich – auch bedingt durch die Ankündigung der NPD – mehr Menschen teil als zuvor zu vermuten war. Zahlreiche AntifaschistInnen waren zusätzlich in Offenburg, um einen Aufmarsch der NPD zu verhindern. Sie wurden erst bei Veranstaltungsbeginn von der neuen Situation in Kenntnis gesetzt. Ca. 400 Personen, auch aus Strasbourg, waren gekommen, um an der Demonstration teilzunehmen. Sie traten für ein Aufenthaltsrecht auch abschiebebedrohter Personen ein, für die Legalisierung der Statuslosen/Sans Papiers, für die Schließung der Abschiebezentren, für ein Asylrecht von Frauen und Lesben. Konkret sollte mit dieser Demonstration auch das Asylverfahren einer kurdischen Familie unterstützt werden, Familie Toman aus Oppenau, deren Aufenthalt schon einmal zwangsweise beendet werden sollte. Das Gericht meinte in ihrem Verfahren, sie sei schon einmal in der Türkei von dem Verdacht der Unterstützung der PKK freigesprochen worden, also werde dies auch in einem eventuellem weiteren Verfahren, dem sie sich zu stellen habe im Vertrauen auf die türkische Justiz, so geschehen können. Die Frau Toman war bei ihrer Abschiebung – wie auch bereits im gerichtlichen Verfahren – zusammengebrochen und nur deshalb nicht abgeschoben worden. (mc, CL-Netz)

Nachtrag: Im Gegensatz zum oben beschriebenen Verhalten hat das Ordnungsamt der Stadt Offenburg die NPD-Demonstration am 13.6., parallel zur SPD-Versammlung, verboten.





Bericht der gruppe archiv:

Demonstration gegen den Coburger Convent

Jedem das Seine ...

... Dieser Spruch steht am Eingang des Konzentrationslagers in Buchenwald bei Weimar. Damit „begrüßten“ die deutschen Herrenmenschen die Opfer ihrer menschenverachtenden Phantasien zu ihrem letzten Martyrium.

„Jedem das Seine“ ist der überaus geschmackvolle Titel des Werbeplakates des Coburger Convents (CC) und der Stadt Coburg für eine „gute Partnerschaft mit langer Tradition“.

Am Pfingstwochenende hielten die schlagenden Verbindungen der im CC organisierten Turner- und Landsmannschaften den alljährlichen Haupt-Convent zum 130. Male in Coburg ab. AusrichterIn des diesjährigen Spektakels war die Hamburger Landsmannschaft Hammonia-Marko Natangia. Das Motto lautete „Der freie Bürger - Gestalter der offenen Gesellschaft“.

Nach fünf Jahren Pause wurde den Koorporierten unter der Losung „Wir brauchen keine Eliten, sondern gleiche Bedingungen für ALLE!“ demonstrativ begegnet. Obwohl die Anmeldung bereits Wochen vor Pfingsten erfolgte, erging der Bescheid der Stadt Coburg erst einen Tag vor dem Demo-Termin. Die Route wurde empfindlich eingeschränkt, eine Zwischenkundgebung vor dem Verlag des rechtsextremistischen Theorieorgans „Nation und Europa“ des Peter Dehoust (Deutsche Liga für Volk und Heimat, früher NPD) verboten, sowie wie alle anderen Beschränkungen wie keine Seitentransparente, usw., festgeschrieben. Zum Repertoire der Gängelung gehörte die Nötigung zu einem „Koordinati-

onsgespräch“ mit den beiden Ordnungsambtbütteln und drei Polizeiverantwortlichen. Hier wurden die Anmelderinnen massiv aufgefordert, die Demo-Anmeldung zurückzunehmen. „Sie verderben sich ihren weiteren Lebensweg ... Sie verschulden sich wegen der Wiedergutmachung der zu erwartenden Schäden ...“, usw. Zwanzig Ordnerinnen mußten mit Namen und Anschrift gemeldet werden. Die Rednerinnen und die Inhalte der Beiträge sollten benannt werden. Dies konnte als einziges abgewehrt werden. ...

Trotz Nichterwähnung der regionalen Medien (die in den vergangenen Jahren ein Fehlen der Anti-CC-Demonstration beklagten), beliebiger Mobilisierungsaufrufe in den linken Medien (bis auf ein paar Ausnahmen wie GNN-Verlag oder was lefft, Erlangen) und diverser Wolkenbrüche versammelten sich am Pfingstsamstag ca. 300 Menschen

(hauptsächlich aus dem antifaschistischen Politspektrum) zum Protest. Hunderte von Polizeibeamtinnen wurden unter der Einsatzleitung des hiesigen Polizeidirektors Siegfried Mühldorfer (CSU) zur Unterstützung der berüchtigten Coburger Einheiten zur alljährlichen Notstandsübung zusammengezogen. Die Provokationen gegen die anreisenden Linken liefen von Anfang an. So wurden z.B. ankommende Zugreisende auf die Bahnhofstoilette verschleppt, wo sie sich bis auf die Unterhose ausziehen mußten. Hier gab es auch gleich die erste Festnahme. Bei einem Ankommenden wurde zur Vermummung geeignetes Material beschlagnahmt. Gut bewacht zogen die DemonstrantInnen spürbar kräftig der „verkehrs- und sicherheitstechnisch vertretbaren Route“ entlang. Genehmigte Zwischenkundgebungen wurden abgehalten. ...

Nach der Schlußkundgebung formierten sich ca. 50 Antifaschistinnen und InternationalistInnen zu einer Spontan-Demo, um mit einer Kundgebung vor einem der örtlichen Nazi-Treffs (ein Bistro in der FußgängerInnen-Zone) öffentlich zu machen, was von diesem Treffpunkt aus für Un- und Straftaten ausgehen. Außerdem war beobachtet worden, daß rechte Gewalttäter dorthin mobilisiert hatten (auch überregional). ...

Die sog. Mahnstunde des CC am Montag Nacht wurde von den über 100 Demonstrantinnen erfolgreich gestört.

Am Pfingstdienstag feierte der CC mit einem Massenbesäufnis („Marktfest mit der Coburger Bevölkerung“) den Abschluß des Kongresses. ...

gruppe archiv, gekürzt



„Kinderbetreuung sollte kostenfrei sein!“

STUTTGART. Wir hatten berichtet, daß der Gesamtelternbeirat sich gegen die Erhöhung der Gebühren für Kindergärten gewandt hat. Seit 1992 haben sich die Gebühren für eine Familie mit zwei Kindern von 48 DM auf künftig 92 DM monatlich erhöht, das sind 91,66% – der Gesamtelternbeirat weist in seiner neuesten Ausgabe des „Dreikäsehochs“ darauf hin, daß kaum jemand in dieser Zeit eine solche Lohnsteigerung gehabt haben dürfte. Auch für die Tageseinrichtung hat die Stadtverwaltung eine geänderte Gebührenstruktur angekündigt. Wir dokumentieren hierzu aus dem „Dreikäsehoch“:

Vorschlag des Jugendamts, Herr Korn für die neue Gebührenstruktur (Entwurf)

Gebührenstufe	Familienpaßstufe (1)	Grundstufe (2)	Zuschlag für Ganztagesbetreuung (3)	Abschlag für Teilzeitplatz Alternative(4)	Essensgeld	Essensgeld für HLU-(5)
0	0-130%	0 DM	0 DM	0 DM	100 DM	40 DM
1	130-180%	90 DM	20 DM	40%	100 DM	40 DM
2	180-230%	130 DM	50 DM	40%	100 DM	40 DM
3	über 230%	150 DM	100 DM	40%	100 DM	40 DM

Zu (1): Kern der neuen Gebührenstruktur ist der städtische Familienpaß. Der Gemeinderat fordert seit Jahren, den Familienpaß als Instrument für alle Arten von Ermäßigungen zu nutzen. Der Familienpaß berücksichtigt individuell die wirtschaftliche Situation der Familie, in dem eine vergleichende Berechnung vorgenommen wird zwischen dem tatsächlichen Einkommen, abzüglich einer Pauschale für Steuern und Sozialversicherungen und Kindergeld, und den Sozialhilferegelsätzen, zuzüglich bestimmten Zuschlägen und dem Aufwand für Wohnen. Daraus ergibt sich, daß je nach Familienzusammensetzung beim selben Nettoeinkommen unterschiedliche Gebührenstufen Anwendung finden können oder sich in derselben Gebührenstufe unterschiedliche Einkommen finden lassen. Das Sozialamt wird für alle Eltern in allen Tageseinrichtungen die Familienpässe entsprechend unserer Staffel ausrechnen und ausstellen. Sollten Eltern ihr Einkommen gegenüber der Familienpaßstelle nicht offenlegen wollen, kommt Gebührenstufe 3 zum Zuge.

Zur Zeit werden jährlich über 3 Mio. DM an Familien gezahlt, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation die Kindergartenbeiträge nicht oder nur teilweise aufbringen können. Durch die 0-Stufe ist zu erwarten, daß die Hälfte dieser Fälle keinen Erstattungsantrag mehr stellen, da die Gebühr von vornherein erlassen ist. Die andere Hälfte entfällt auf Plätze von freien Trägern, die nicht die städtischen Gebühren übernommen haben oder auf Familien, die ihre Kinder in aus-

wärtigen Einrichtungen untergebracht haben.

Durch die Verwendung des Familienpasses gibt es nicht mehr die Gebühr auf den ersten Blick. Um Vergleiche zwischen den Familien oder mit der alten Gebührentabelle zu ziehen, ist es immer erforderlich den Haushalt und die wirtschaftliche Situation zu kennen.

Zu (2): Die Grundstufe gilt für den Regelkindergarten und für die veränderten Öffnungszeiten gleichermaßen. Die Orientierungspunkte für die Staffelung waren die bisherige Besuchsgeldhöhe, die Kernzeitenbetreuungsstunden, die Empfehlung der Spitzenverbände, die Besuchsgelder anderer Kommunen und die, in der Zwischenzeit wohl nicht mehr wei-

terverfolgten, Gebühren für Grundschulförderklassen.

Zu (3): Der Zuschlag für die Ganztagesbetreuung an allen Öffnungstagen addiert sich zur Grundstufe hinzu. Damit wäre im Einzelfall auch der Früh- und der Spätdienst eingeschlossen.

Zu (4): Die Teilzeitgebühr ist die schwierigste. Sie soll den unterschiedlichen Betreuungszeiten gerecht werden. Sie gilt daher für den Halbtageskindergarten, für einen halbtags in Anspruch genommenen Ganztagesplatz oder für ein Platzsplitting unter der Woche. Für den zur Hälfte in Anspruch genommenen GTE-Platz mit Frühdienst ein günstiges Angebot, zumal zwei halbe Plätze nicht die Gebühr für einen ganzen Platz ergeben. Für den Halbtageskindergarten jedoch durchaus angemessen. Eine Hortbetreuung, die erst mit dem Mittagessen beginnt, könnte ebenfalls in diese Kategorie fallen.

Zu (5): Das Essensgeld bleibt bei 100 DM. Für Empfänger der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt 40 DM.

Zu (6): Die Stundengebühr ist unabhängig vom Gesamtsystem und nicht einkommensabhängig. Wir wollen jetzt nur die Rechtsgrundlage schaffen, falls es erforderlich wird, eine Gebühr je Stunde zu verlangen.

Stellungnahme der Konferenz der Gesamtelternbeiräte: Meinungsbild zum „Gebührenentwurf“

Sehr geehrter Herr Korn,
Wir hatten am 16.04.98 eine Sitzung der

Konferenz der Gesamtelternbeiräte und haben Ihren Entwurf für die neue Gebührenstruktur nochmals diskutiert. Folgende Ergebnisse der Diskussion haben wir zusammengetragen. Dies ist ein Meinungsbild zu Ihrem Entwurf.

Grundsätzlich ist die Konferenz der Gesamtelternbeiräte der Meinung, daß Kindererziehung und -betreuung eine gesellschaftliche Aufgabe ist und deshalb kostenfrei sein sollte. Das Ziel der Politik müßte heute eher dahin gehen, Familien finanziell zu entlasten. Genau darin sehen wir ein Problem in dem neuen Gebührenmodell. Um eine wirklich gerechtere Lösung für die Familien und eine stärkere Berücksichtigung der in der Familie lebenden Kinder zu erreichen, sollte sich die Bemessungsgrundlage nicht nach dem Sozialhilfesatz richten, sondern vielmehr nach dem Nettoeinkommen unter Berücksichtigung der Kinderzahl und anderer pauschaler Abzüge, wie z.B. Aufwand für Wohnen, erhöhter Aufwand für Kinder, wie z.B. Schülermonatskarten oder spezielle Fördermaßnahmen, etc. Wir sind der Meinung, daß es einer feineren Untergliederung bedürfte, einer besseren Abstufung, d.h. mindestens zwei Stufen mehr. Die Sprünge in den Gebührenstufen sind zu groß. Die Gebühr der Eingangsstufe ist zu hoch angesetzt. Die Endstufe sollte aber auch nicht erhöht werden.

Gestört hat uns der Punkt 5: Einnahmeverbesserungen. Die Einnahmenseite soll auf Wunsch der Verwaltung stimmen, aber wo bleibt die Qualitätsverbesserung. Die Eltern werden sich daran stoßen, höhere Gebühren für die gleiche Qualität oder gar eine Verschlechterung dieser (s. Punkt 7 „Wirtschaftlicher Personaleinsatz“) zu bezahlen.

Die Möglichkeit für eine Stundengebühr lehnen wir ab, weil wir befürchten, daß finanzschwache Familien darauf zurückgreifen, wodurch eine Vernachlässigung der Kinder zu befürchten ist, wenn die Kontinuität der Betreuung nicht mehr gegeben ist. Es sollte auf diese Weise keine Notfallbetreuung geschaffen werden, sondern für Notfälle in Familien mehr in die bestehende „Familienhilfe“ investiert werden.

Zu Punkt 4. letzter Satz: Wir sind der Meinung, daß der Hort weiterhin schon morgens angeboten werden soll. Unsere Erfahrung als Eltern von Schulkindern begründet dies mit einem erhöhten Unterrichtsausfälle wegen Lehrermangels. Die Kinder haben öfters früher Schule aus oder der Unterricht beginnt später. Wir sehen die Gefahr, daß viele Eltern aus finanziellen Gründen auf das „billigere“ Modell zurückgreifen und es dadurch mehr „Schlüsselkinder“ geben wird...

CDU-Schönbohm: „Ausländer-Ghettos auflösen“

Was „Auflösung von Ghettos“ in der Vergangenheit in diesem Land bedeutete, ist bekannt. Trotzdem wählte Berlins CDU-Innenminister Schönbohm Anfang Juni diese Worte für neue Hetze gegen Menschen ohne deutschen Paß – ca 450.000 leben in Berlin. Tatsächlich gibt es in der Stadt seit Jahren große Wohngebiete von Menschen fremder Nationalität. Aber isoliert werden diese vor allem durch staatliche Politik, durch die Verweigerung der deutschen Staatsbürgerschaft, Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, ungenügende Sprachförderung u.ä. Diese Ursachen will Schönbohm nicht beseitigen. Er will vielmehr hetzen und verfolgen. Scharfe Reaktionen waren die Folge. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Andreas Nachama, qualifizierte Schönbohms Vorstoß als „Deutschümelnd, brauner Muff, Blut- und Boden-Ideologie“ und fragte, ob der Innenminister aus Berlin ein „Germania 2000“ machen wolle.

In einem Interview mit der *BZ* hatte Schönbohm am 2. Juni gefordert, Ausländer müßten „mit deutschen Bürgern und Behörden in deren Sprache verkehren und sich deren Gewohnheiten anpassen.“ Es gebe Gebiete in Berlin, „dort befindet man sich nicht in Deutschland“. Solche „Ghettos“ müßten „aufgelöst“ werden. Er sei gegen islamischen Religionsunterricht: „Der Unterricht im Christentum, den wir geben, gibt das christlich-abendländische Erbe weiter, auf dem unsere Kultur ganz stark beruht.“

Die Auszahlung von Sozialhilfe solle gekürzt werden, wenn keine deutschen Sprachkenntnisse bestünden. Auch bei der Erteilung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis solle stärker auf deutsche Sprachkenntnisse geachtet werden. „Es ist jetzt eine Verwaltungsvorschrift in Arbeit. Ich schließe nicht aus, daß wir bisher zu großzügig verfahren sind.“ „Mul-



Mehrere tausend Menschen beteiligten sich am 10. Juni in Berlin am Protest „Gelöbnix“ gegen das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr vor dem „Roten Rathaus“. Zu der Aktion auferufen hatte ein Bündnis von Grünen, antimilitaristischen Gruppen, PDS u.a. Die Polizei hatte das Rathaus weiträumig abgeriegelt und ließ nur geladene Gäste durch, so daß von einem „öffentlichen Gelöbnis“ keine Rede sein konnte. Wer dennoch direkt vor dem Rathaus gegen das Gelöbnis protestierte, wurde sofort verhaftet. (rül, Foto: ND)

tikulti“ sei ein Kampfbegriff der 60er Jahre, der jede Integration verhindere.

Die Hetze löste Empörung aus, selbst in der großen Koalition gab es Streit. Ein Sprecher der Sozialverwaltung erklärte, Ausländern mit schlechten Deutschkenntnissen dürfe die Sozialhilfe nicht gekürzt werden. Das gebe das Sozialhilfegesetz „rechtlich nicht her“. SPD-Fraktionschef Klaus Böger kritisierte Schönbohms Äußerungen als „verantwortungslose Schaumschlagerei“ – zog seine Kritik aber schon am nächsten Tag wieder zurück, nachdem ihm Schönbohm frech „Brunnenvergiftung“ vorwarf. SPD-Umweltsenator Strieder forderte „für alle in Deutschland geborenen Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft“, was ihm von Schönbohm eintrug, das sei „eine Frechheit“.

Der von Schröder als Innenminister-Kandidat gehandelte Otto Schily verkündete in der *Berliner Zeitung* (4.6.98),

„daß bei einem Wahlsieg der SPD im September die doppelte Staatsbürgerschaft eines der ersten Gesetzesvorhaben der neuen Regierung sein wird“.

Noch deutlicher fielen die Reaktionen des (sonst durchaus regierungsnahen) „Türkischen Bunds“ aus. Zwei Vorstandsmitglieder kritisierten, Schönbohm wolle „mit einer den rechtsradikalen Parteien entlehnten Terminologie Menschen aus ihren Wohnbezirken vertreiben“, heize „die ohnehin gespannte Atmosphäre zwischen Mehrheit und Minderheiten unverantwortlich auf. So wurde in unserem Land schon einmal verfahren: Anfang der 90er Jahre in der Asyldebatte. Die Folge waren nicht nur die Morde von Mölln, Solingen ...“ Die Einwanderer hätten sich „auf Dauer niedergelassen. Man mag das Einwanderung nennen oder nicht, dieser Zustand ist zumindest mit demokratischen Mitteln nicht umkehrbar.“ Es müsse Schluß

TON

„Ihr wundert euch, wenn wir Steine werfen?“

„Leipzigs Sparpolitik trifft Kinder- und Jugendheime“, überschreibt „Leipzigs Neue“ einen Bericht über eine Protestaktion von Jugendlichen vor dem Leipziger Rathaus.

Das ist schon ein kleiner Vorgeschmack auf die Zeit nach der Bundestagswahl: Wählt uns getrost, wir zeigen euch dann, was wir selbst von unseren Wahlversprechen halten. Leipzig hat sich im April für die SPD entschieden; sie zeigt nun, wie sie es mit Arbeitsmarkt- und Jugendpolitik hält. 105 Erzieher, 50 von ihnen aus Leipziger Kinder- und Jugendheimen, sollen ... entlassen und mit

wenig verheißungsvoller Perspektive „qualifiziert“ werden. Was sind sie denn bisher gewesen? Die finanzielle Situation der Stadt zwingt zu solchen Maßnahmen, heißt es in einem vom Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung, Andreas Müller (SPD) unterzeichneten Brief vom 22.5. Dagegen protestierten am 26.5. etwa 50 Mädchen und Jungen aus Heimen einige Stunden lang vor dem Neuen Rathaus. Durch den Verlust des Elternhauses ohnehin sozial benachteiligt, sehen sie sich nun ein weiteres Mal verdrängt, diskriminiert: „Wieviel wert ist euch die Gattung Heimkind?“ stand auf einem der Transparente.

Es würden keine Heime geschlossen, versuchte Müller zu beschwichtigen,

zum Teil kämen neue Betreuer. Der Haken: Diese „Betreuer“, in der Regel überflüssige Erzieherinnen aus Horten und Kindergärten, werden ihre Tätigkeit in einer 30 Stunden-Woche verrichten ...

Die 18jährige Sandra, die von Passanten eifrig Protestunterschriften sammelte, erklärte: „Erzieher sind nicht nur Lehrer und Aufpasser! Sie sind Kameratechniker, Eltern, Psychologen!“ Das aber ist in einer 30-Stunden-Woche nicht zu leisten. Und empört beschuldigte sie die Stadtverwaltung: „Diese Bürokraten unterlaufen das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das jedem jungen Menschen das Recht auf umfassende Förderung seiner Entwicklung zusichert.“ (...)

(aus: Leipzigs Neue, Nr. 12/98, vom 12. Juni)

sein, „unsere Zukunft über das ‘Blutsrecht’ zu definieren.“ (*Tagesspiegel*, 14.6.)

Noch schroffer der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Nachama: „Die Auslassungen enthalten den bräunlich angedunsteten Muff von Stammtischen“. Berlin sei längst eine multikulturelle Stadt. „Ober strebt der Innensenator statt Berlin 2000 vielleicht doch lieber ‘Germania 2000’ an – jenes gescheiterte Konzept, von dem es zum Glück nur noch ein architektonisches Modell aus der Zeit des Dritten Reiches gibt? (...) Statt nur Begriffe wie ‘Ghetto’ aus seinen Ausführungen zu streichen, sollte er beherzt für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Prinzip des Geburtsortes – dem ‘ius soli’ – eintreten; statt dessen verharret Schönbohm jedoch in traurig guter Gesellschaft mit den Vertretern einer Blut- und Boden-Ideologie, die letztlich Ursache aller ethnisch geprägten Konflikte in Europa war, zuletzt und leider immer noch in Ex-Jugoslawien.“ (*Tagesspiegel*, 10.6.)

Selbst der evangelische Landesbischof Huber, von Nachama in dessen Kritik an Schönbohm selbst auch angegriffen, weil die Kirchen solche Hetze nicht zurückgewiesen hätten, wies zwar diese Kritik Nachamas zurück, stellt aber gleichzeitig klar, daß er Schönbohms Forderungen ablehnt: „Es ist abwegig, die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt einfach mit einer Vorstellung von kultureller Homogenität zu beantworten“.

Die Chefredaktion des „Tagesspiegels“ wies ihrerseits die Kritik Nachamas an Schönbohm zwar zurück, wünschte aber auch vom Innensenator „etwas mehr Verstand“ und warnte vor einem „falschen Leitbild“, „auf eine Vorstellung von Kultur und Nation zu schwören, die diese sozusagen zum rettenden Fels in der Brandung von Werte-Gefährdung und Überfremdungs-Angst macht“: „Ein innerer Friede, der auf einem solchen Bild beruht, wäre ein fauler Friede“.

Die Berliner CDU-Führung dagegen deckt weitgehend ihren Innensenator. „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands und nicht von Multi-Kulti-Land“, hetzte etwa Volker Liepelt, CDU-Generalsekretär in Berlin.

Weiter rechts fühlt man sich auch ermuntert. In der *Zeit* vom 10. Juni polemisierte eine offensichtlich von Schönbohm und CSU begeisterte Autorin in rechtsradikaler Manier gegen „das politisch korrekte Schweigen über die sich anbahnende Ghettoisierung, über die Verwilderung der Jugendlichen, steigende Kriminalität und wachsenden Fundamentalismus“, die alle von einem „verantwortungslosen Multikulti-Diskurs“ bestärkt worden seien, und freute sich: „Nun ist endlich das Eis gebrochen, es darf darüber diskutiert werden.“ Zum Beispiel so: „Der Duldung von rechtsfreien Räumen, wie zum Beispiel die deutschfeindlichen ... Beiträge in hiesigen türkisch-sprachigen Medien, muß ein Ende gesetzt werden.“ *rül*

EU-FÖRDERMITTEL:

Bonn. Der Deutsche Landkreistag befürchtet, daß es wegen der Osterweiterung der EU einen Kahlschlag bei den EU-Fördermitteln geben wird. Hauptgeschäftsführer Becker-Birck sagte, derzeit bekämen die deutschen Landkreise noch jährlich 5,3 Mrd. DM aus den EU-Strukturfonds. Sollten die Fördertöpfe wie geplant verändert werden, müßten die Landkreise damit rechnen, daß bis zu zwei Drittel der EU-Förderung gestrichen werde. Projekte wie Straßenbau, die Errichtung von Gewerbegebieten und die Schaffung von Ausbildungsplätzen könnten dann nicht mehr finanziert werden.

ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZ:

Hamburg. Gemeinsam mit der Bundestagsopposition und weiteren Bundesländern will Hamburg gegen das neue Energiewirtschaftsgesetz Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben. Entgegen der Meinung der Bundesregierung handele es sich um ein Einspruchsgesetz, daß der Zustimmung des Bundesrates bedürfe, da es in Verfahren der Länder und Kommunen eingreift. Außerdem werde durch das beklagte Gesetz das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen eingeschränkt. Nach dem Gesetz sind exklusive Wegenutzungsverträge einer Kommune mit einem Energieversorger sowie Gebietschutzverträge zwischen den Energieversorgungsunternehmen nicht mehr zulässig. Kleine Energieversorger, vornehmlich die Stadtwerke, werden gegenüber den großen benachteiligt und die Marktchancen für Strom aus regenerativen Energien und Kraft-Wärme-Kopplung verschlechtert. Weiter wird erwartet, daß die Energieversorger vor allem um attraktive Großkunden mit günstigen Angeboten konkurrieren. Scheren diese dann aus einem Versorgungsverbund aus, wird es für die kleinen Kunden eher teurer. Den Kommunen droht zudem der Verlust von Konzessionsabgaben ohne Ausgleich.

MÜLLGEBÜHREN: *Dresden.* Die PDS-Landtagsabgeordnete Andrea Roth erklärte: „Steigende Müllgebühren zeigen schon jetzt, wohin die verfehlte sächsische Abfallpolitik führt: Die Bürgerinnen und Bürger werden in immer höherem Maße zur Kasse gebeten, obwohl das Müllaufkommen von Jahr zum Jahr sinkt ... Wenn sich Umweltminister Vaatz mit seinen Plänen für die Errichtung von mindestens drei Müllverbrennungsanlagen in Sachsen durchsetzt, kommt auf die Bürgerinnen und Bürger eine Gebührenexplosion zu ... Gleichzeitig werden die Zweckverbände gezwungen, Deponien zu schließen, ohne daß schon genügend Rücklagen für deren Sanierung gebildet werden konnten,

was eine Erhöhung der Grundgebühren zur Folge hat.“ Sie forderte u. a. die Förderung der Müllvermeidung, ein Moratorium für die Müllverbrennungsplanungen und ein Pilotprojekt zur Wiedereinführung des Sero-Systems.

ALTENHEIME: *München.* Der Vorstand des bayerischen Städtetages hat sich für eine Verbesserung der Personalsituation in den Altenpflegeheimen ausgesprochen. Für das laufende Haushaltsjahr sieht er allerdings aus haushaltsrechtlichen Gründen keine Chance mehr, den geltenden Personalschlüssel anzuheben. Die gegenwärtigen Pflegesätze sehen einen Personalschlüssel von 1 : 2,8 vor, d. h. eine Pflegekraft betreut rein rechnerisch 2,8 Menschen. Dieser Schlüssel stammt aus dem Jahr 1983 und wurde 1996 gedeckelt. Da die Arbeit immer schwieriger geworden ist, ist er nicht mehr zeitgerecht. Die Städte sehen die Notwendigkeit, entsprechend der Belastung der einzelnen Heime Sonderzuschläge zum Pflegesatz zu machen, mit denen zusätzliches Personal finanziert werden kann.

STELLENKÜRZUNGEN: *Hamburg.* Mindestens 17 Stellen wurden in den vergangenen Jahren in den 40 Häusern der Jugend und den 34 Spielplatzheimen der Hansestadt gestrichen. Die Streichungen fallen in den Bezirken unterschiedlich aus, da die Planung und Gestaltung den Bezirken obliegt. In St. Pauli wehren sich jetzt Mitarbeiter gegen die weitere Einsparung von 1,2 Mio. DM durch den Bezirk Mitte im Jugendbereich, weil dadurch die Wochenend- und Abendöffnung der Einrichtungen gefährdet sind. So soll ein Nachbarschaftsheim in dem Problemviertel eine von vier Stellen verlieren. Insgesamt sollen bis zum Jahr 2002 sechs Stellen gestrichen werden.

SOZIALHILFEKOSTEN: *Stuttgart.* Fast 27.000 Menschen bezogen Ende 1997 Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Gemeinderat wird beklagt, daß die Kosten von 1996 an von 177,8 Mill. DM auf 202 Mill. DM gestiegen seien. Jetzt soll im Rahmen einer „Reform“ für jeden Sozialhilfeempfänger ein Hilfeplan erstellt werden, der in einem Vertrag das Ergebnis schriftlich festhält und eine befristete Vereinbarung über die Zahlung von Sozialhilfe enthält. Der Sozialhilfeausschuß will einen Katalog von Kürzungen vorlegen: Die Beihilfen z. B. zur Anschaffung einer Waschmaschine sollen gekürzt werden, generell würde es in den ersten sechs Monaten keine Beihilfen zu Anschaffungen geben. Für diese Pläne soll es sowohl von der SPD wie auch bei den Grünen Zustimmung geben.

Zusammenstellung: ulj

Das *Handelsblatt* vom 15.6. berichtete auf Seite 1 in einer Kurzmeldung mit der Überschrift: „Schmoltdt gegen Rücknahme der Lohnfortzahlung: Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Schmoltdt, hat sich gegen die von der SPD angekündigte Rücknahme der Kürzung der Lohnfortzahlung für Kranke ausgesprochen. Dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* sagte Schmoltdt, eine Wiederherstellung des alten Zustandes sei unrealistisch. Die Tarifparteien hätten in den meisten Branchen längst Ausgleichsmaßnahmen vereinbart.“ Gewerkschaftlich orientierten Wählern wird das vielleicht eine Warnung sein, allzuviel Hoffnung auf einen „Wind des Wechsels“ zu setzen.

STRUKTUR DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT:

Nachdem die jeweils höchsten Gremien aller am Neubildungsprozeß beteiligten Gewerkschaften der „Politischen Plattform“ zugestimmt haben (vgl. Politische Berichte 12/98), wird mit großem zeitlichen Druck an die Frage der Strukturen herangegangen. Bis Mitte Juli finden 12 regionale Foren (siehe unten) auf Länderebene statt, die über die folgenden, vom Lenkungsausschuß (zusammengesetzt aus den Gewerkschaftsvorsitzenden) am 5./6. Juni vorgegebenen ersten Überlegungen für eine Struktur dieser Großorganisation diskutieren sollen. Weitere Foren sind im Spätherbst geplant.

Nach diesen Überlegungen soll die Dienstleistungsgewerkschaft in 8–15 Fachbereiche gegliedert sein. Die Fachbereiche sollen so gefaßt sein, daß Betriebe, Verwaltungen oder Einrichtungen ohne Rücksicht auf die Rechtsform eine Einheit bilden, die in ihrer Tätigkeit, ihren Aufgaben oder Produkten vergleichbar sind. Die Fachbereiche sollen weitgehend mit eigener Entscheidungs- und Handlungskompetenz ausgestattet sein, was Mitglieder-, Betriebs-/Verwaltungs-/Einrichtungsbetreuung, bereichsbezogene Tarifpolitik und Branchen-/Berufspolitik anbelangt.

Der Aufbau der Dienstleistungsgewerkschaft soll dreigliedrig sein: Ort/Region,

Land, Bund. Ehren- und hauptamtliche Strukturen werden auf allen diesen Ebenen über eigene Gremien und Kompetenzen verfügen. Zentral sollen jedoch die grundsätzliche Ressourcensteuern (Finanzen, Personal, Organisation) und Aufgaben der Gesamtorganisation wie die Tarifkoordinierung bleiben.

Gesucht wird nach geeigneten Organisations- und Arbeitsformen für die Interessenvertretung bei nicht betrieblich gebundener und freier Arbeit.

Termine: Bayern 4.7., Baden-Württemberg 15.7., Hessen 25.6., Rheinland-Pfalz/Saarland 29.6., NRW 19.6./1.7., Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern 9.7., Berlin/Brandenburg 6.7., Nds./Bremen 14.7., Sachsen 4.7., Sachsen-Anhalt 18.7., Thüringen 16.7.

Quelle: Informationsdienst des Lenkungsausschusses v. 6.6.98

HENSCHKE: DGB SOLL MITGLIEDERGEWERKSCHAFT WERDEN:

Für eine Umwandlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in eine Gewerkschaft, in der alle ArbeitnehmerInnen Mitglied sind, hat sich der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Henschke ausgesprochen. Auf dem 4. Landesbezirkstag der IG Medien Baden-Württemberg am 20./21. Juni 1998 in Sindelfingen sagte Henschke, auch der Zusammenschluß verschiedener Gewerkschaften dürfe seiner Ansicht nach nur eine Vorstufe zu einer großen Mitgliedergewerkschaft sein. Diese sei auch deswegen nötig, um den DGB in der politischen Auseinandersetzung zu stärken.

IG MEDIEN LANDESBEZIRKSTAG:

Sybillie Stamm, Vorsitzende der IG Medien Baden-Württemberg: Offensive für konfliktorientierte Betriebsarbeit. Eine „Verbesserung der Betriebsarbeit und eine stärkere gewerkschaftliche Verzahnung mit der Tarifpolitik“ strebt die IG Medien nach Auskunft der Landesvorsitzenden Sybillie Stamm an. Auf dem 4. Ordentlichen Landesbezirkstag in Sindelfingen kündigte sie einen „Aufbau von Netzwerken im Akzidenzbereich, im Bereich der Zeitungsbetriebe, in der Papier-

verarbeitung und den Medien an, mit dem Ziel, Informationen auszutauschen, Konkurrenz der Betriebe untereinander abzubauen, in Tarifaussinandersetzungen den Schulterschuß zu vollziehen und zu verhindern, daß Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden.“ Der Aufbau regionaler und betrieblicher Tarifausschüsse sei ein weiterer Schwerpunkt, um die betriebliche Arbeit mit der Tarifpolitik enger zu verbinden. Dabei gebe es schon einige positive Beispiele:

Die Auseinandersetzung gegen das sogenannte „Bündnis für Arbeit“ bei Ravensburger-Spiele im vergangenen Jahr sei in der ersten Etappe verloren gegangen, aber durch konsequente Betreuungsarbeit und Konzentration betrieblicher Kräfte sind von 15 sieben Betriebsratssitze errungen worden. „Aus purer Angst, daß die IG Medien zu stark werden könnte und zukünftig womöglich Streiks um einen Haustarifvertrag drohen, hat die Firma vor vier Wochen einen Anerkennungstarifvertrag unterschrieben“, sagte Sybillie Stamm.

Ein weiteres Beispiel, daß sich eine langfristig angelegte und kontinuierliche Arbeit auszahlt, ist der Erfolg bei der Firma Reiff in Offenburg. Die Belegschaft der Mittelbadischen Presse hat in der vergangenen Woche, nachdem die Firma bereits Ende '96 aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist und die Belegschaft zwei Jahre lang keine Lohnerhöhung bekommen hatte, mit einem 24stündigen Streik erreicht, daß rückwirkend ab 1. April 3,5 % mehr Lohn und Gehalt gezahlt werden.

Auf dem Hintergrund dieser Erfolge, erklärte die Landesvorsitzende, strebt die IG Medien eine Offensive für eine konfliktorientierte Betriebsarbeit an.

Zum Thema Multimedia und Telearbeit forderte der stellv. Landesvorsitzende Manthey, daß Telearbeiter, die nicht festangestellt sind, den gleichen sozialversicherungsrechtlichen Schutz wie festangestellte ArbeitnehmerInnen erhalten. „Wer seinen Arbeitsplatz ausgelagert erhalte, wer vom Langzeitarbeitslosen zum Existenzgründer mutiere, wer als freier arbeitnehmerähnlicher Beschäftigter in diesem

Bereich seine Arbeits- und Lebensperspektive sehe, müsse sicher sein, daß er im Krankheitsfall und im Alter versichert und gesichert sei und daß er Mindeststandards bei der Ausstattung des Arbeitsplatzes und der Honorierung antreffe.“ Aus PM der IG Medien

CHEMIE-LOBBY UNTERWANDERT WHO:

Die internationale Chemie-Lobby versucht massiv Einfluß auf das „internationale Programm zur chemischen Sicherheit“ (IPCS) zu nehmen, das von der Weltgesundheitsorganisation WHO, der UN und der International Labor Organisation (ILO) initiiert wurde. So schrieben ICI, Hoechst und Dupont den IPCS-Report zu den Umweltgiften Chlorofluorocarbon und Benomyl praktischerweise gleich selbst. Mit Erfolg gelang es den Multis auch, bei einem IPCS-Workshop in Berlin dafür zu sorgen, daß aus der Krankheitsbezeichnung „multiple Chemikalienunverträglichkeit“ das imageschädigende „Chemie“ entsorgt und das Verursacherprinzip umgekehrt wurde. Jetzt heißt die Erkrankung „idiopathic environmental intolerances“, wörtlich übersetzt „ohne Einfluß von außen sich herausbildende Umweltintoleranz“. Nach vielfachem Protest gegen gekaufte ExpertInnen sah sich die WHO gezwungen, den WissenschaftlerInnen eine „declaration of interest“ abzuverlangen, eine Offenlegung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Dazu paßt: Ernst Goldschmitt, der ehemalige Umweltschutzbeauftragte des Brunsbütteler Bayer-Werks, wechselt zum „United Nations Environment Program“. Die Behörde wird seit dem letzten Jahr vom ehemaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer geleitet. Goldschmitts neuer Aufgabenbereich umfaßt die Einführung von Gefahrenabwehrplänen an Industriestandorten und Verhandlungen mit „Industrieverbänden, Umweltbehörden und Unternehmen vor Ort“. Immer praktisch, wenn die Industrie mit sich selbst verhandeln kann. Der Konzern wird schon wissen, warum er seinen Mann großzügig für diese ehrenvolle Tätigkeit freigestellt hat.

aus STICHWORT BAYER

Zusammenstellung: alk, har



Warnstreiks im Einzelhandel: links in Hamburg, rechts in Karlsruhe, wo ein Demonstrationszug durch die Fußgängerzone stattfand. Die HBV berichtet, daß Verkäuferinnen oft zum ersten Mal an einem Streik teilnahmen.

Tarifikampf Einzelhandel: Erfolgreicher Abschluß in Bayern mit Modellcharakter

Streikaktionen mit großer Beteiligung

Nach Rundfunkmeldungen vom 23.6. hat die HBV für das Tarifgebiet Bayern einen Tarifabschluß mit Lohnerhöhungen zwischen 2,1 bis 2,47 Prozent durchsetzen können. Die HBV spricht von einem Erfolg, insbesondere weil es gelungen sei, eine soziale Komponente durchzusetzen – bekanntlich hatten die Kapitalisten das Gegenteil gefordert, nämlich eine Billiglohngruppe einzuführen, davon scheint jetzt keine Rede mehr (eine genauere Darstellung ist nach den uns bis jetzt vorliegenden Meldungen nicht möglich). HBV und DAG rechnen jetzt damit, daß auch in den anderen Tarifgebieten das Ergebnis aus Bayern übernommen wird. Die Abschlüsse waren erst möglich nach größeren Warnstreikaktionen in verschiedenen Bundesländern. Wir berichten exemplarisch.

Hamburger Einzelhandel: Streiks für 4,5%, mindestens 150 DM

In der bisher größten Streikaktion in der diesjährigen Tarifrunde haben sich am 11.6.98 800 Beschäftigte verschiedener Karstadt-Kaufhäuser beteiligt. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft HBV. Das Karstadt-Haus Eimsbüttel wurde bis zum Abend voll bestreikt, in den anderen Häusern waren den ganzen Tag die Eingänge mit streikenden Kolleg/innen besetzt. Wenige Kunden und geringer Umsatz waren die Folge. Als Unterstützer haben sich außerdem zahlreiche HBV-Kolleg/innen aus anderen Branchen (u.a. aus Banken und Versicherungen) an den Streikaktionen beteiligt.

Nachdem in der vorhergehenden Woche schon eine Reihe von großen SB-Märkten (u.a. toom, Real, Hanse SB) bestreikt worden waren, richteten sich die Streiks am 11.6. vor allem gegen den Karstadt-Konzern, der in den Tarifverhandlungen die führende Rolle als Lohndrücker und Hardliner spielt.

In der dritten Verhandlungsrunde für die 72 000 Beschäftigten im Hamburger Einzelhandel hatte der Arbeitgeberver-

band zwei Null-Monate (Mai und Juni) und ab Juli 1,5% Gehalts„erhöhung“ angeboten, was glatte Lohnsenkung bedeuten würde. Die Verhandlungen waren nach diesem „Angebot“ ergebnislos auf den 24.6.98 vertagt worden.

Zur Zeit liegt das Bruttogehalt von Verkäuferinnen gerade mal zwischen 2453 DM und 3 280 DM. Das Einstiegsgehalt nach der Ausbildung bringt also nur 1 500 DM netto.

Der Arbeitgeberverband fordert parallel zur Tarifrunde zusätzlich die Einführung einer Billig-Lohngruppe ohne Aufstiegsmöglichkeiten, Gehaltssenkung von ungelernten Beschäftigten sowie die zukünftige Senkung aller Lohngruppen (außer C3 = Führungskräfte). Mit den Streiks kämpfen die Beschäftigten gerade auch gegen solche Pläne der Handelskonzerne. *res, LB Hamburg, 16.6.*

Erste Warnstreiks im Einzelhandel NRW

Mit ersten Streiks, u.a. in Bochum und Duisburg, haben die Gewerkschaften HBV und DAG auf das „Angebot“ der Kapitalisten zu den Tarifeinkommen im Einzelhandel NRW reagiert. 1,5% boten die Kapitalisten in der vierten Verhandlung am letzten Freitag an. Das entspricht in der höchsten Lohngruppe 0,30 DM pro Stunde. Die Gewerkschaften fordern 0,99 DM, knapp 5%. Auch in Essen werden Streiks vorbereitet, nachdem die Verhandlungen für gescheitert erklärt wurden. Bei Interspar an der Porschenkonzern stimmten in einer Urabstimmung 87,5% der HBV-Mitglieder für Streik. Die ersten Aktionen sind nach Angaben der Gewerkschaft HBV Anfang nächster Woche zu erwarten, voraussichtlich bei Interspar und beim Sparmarkt in E.-Borbeck. Karstadt gießt derzeit Öl ins Feuer: Der Konzern will in diesem Jahr ohnehin 1 500 Vollzeitstellen streichen, für den Fall eines „überzogenen Abschlusses“ kündigte der Vorstand jedoch weitere Rationalisierungsmaßnahmen an.

„Schon die angebotenen 1,5% sind zu viel“, ergänzte der stellv. Vorstandschef Krüger. *wof, LB Essen, 16.6.*

Baden-Württemberg: Supermärkte blieben geschlossen.

Die Angebote der Unternehmen waren denen in den anderen Tarifgebieten ähnlich. In Karlsruhe führte die HBV am 19. Juni Warnstreikaktionen in verschiedenen Geschäften der Innenstadt durch. Ein Demonstrationszug durch die Fußgängerzone machte die Forderungen öffentlich deutlich. In Stuttgart streikten am 22.6. 150 Beschäftigte in einigen Filialen der Handelsketten Plus, Tengelmann und HL; sie öffneten erst am Mittag. Viele Angestellte, vor allem Frauen, sind empört über die niedrige Entlohnung für schlechte Arbeit.

Die Presse zitiert eine Angestellte aus einem HL-Markt: „Als Halbtagskraft muß ich ständig unbezahlte Überstunden machen. Dabei bin ich Putzfrau, Kassiererin und Fußabtreter für unverschämte Kunden.“ *alk*

2,5% im Großhandel in Hamburg

Nach zahlreichen Streiks wurde am 11.6.98 für die 65 000 Beschäftigten im Hamburger Groß- und Außenhandel ein neuer Gehaltstarif abgeschlossen: Nach zwei Null-Monaten (also bei gleichbleibendem bisherigen Gehalt) steigen die Löhne um 2,5% bei zwölf Monaten Laufzeit.

In den Tagen vor der Verhandlungsrunde am 11.6. hatten die Beschäftigten u.a. die Großhandelsmärkte FE-GRO (Altona), Cash & Carry, Client Systems (Niendorf) dichtgemacht. Allein beim Cash & Carry hatten am 10.6. 250 Beschäftigte gestreikt. *res*

Höchstexplosiv

Der abschließende Bericht der Zukunftskommission Bayern und Sachsen liegt bereits seit November 1997 vor. An Brisanz hat er jetzt deshalb gewonnen, weil insbesondere die Bayerische Staatsregierung damit begonnen hat, die dort gemachten Vorschläge in die Praxis umzusetzen, so z.B. mit ihren Vorschlägen für eine Regionalisierung der Arbeitslosenversicherung. Im folgenden eine Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden von Bayern:

Für die politische Praxis taugen die Schlußfolgerungen der Kommission keinesfalls – sie stellen nicht nur eine Gefahr für das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und das bundesdeutsche Gesellschaftsmodell dar, sondern gefährden auf das empfindlichste auch den Wirtschaftsstandort Deutschland im Rahmen der internationalen Konkurrenz!

Der Bericht argumentiert international, unterbreitet aber nur Handlungsvorschläge für die nationale Ebene. Deutschland ist immer noch einer der stärksten Wirtschaftsstandorte der Welt. Würde man den Vorschlägen der Kommission folgen, würde von Deutschland aus ein weltweiter Wettbewerb der Deregulierung, des Sozialdumpings, der Entsolidarisierung und der Entdemokratisierung von Volkswirtschaften in Gang gesetzt.

Der Bericht gibt vor, auf Basis der Marktgesetze zu argumentieren. Verwunderlich ist dabei nur, daß die Kommissionsmitglieder jegliche Dynamik des Marktes leugnen: Die Produktivität steigt weiter, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung haben nichts mehr miteinander zu tun und Erwerbsarbeit und Wertschöpfung entkoppeln sich. Damit die vorhandene Arbeit besser auf die Arbeitslosen und noch Arbeitenden verteilt werden kann, dürfen aber keine neuen Arbeitsuchenden hinzukommen, deshalb: Keine Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften und keine stärkere Berufstätigkeit von Frauen! Weder die Ergebnisse der theoretischen, noch der empirischen Wirtschaftsforschung können diese Thesen unterstützen. Auch ein Blick auf der Statistik der jüngsten Vergangenheit zeigt: Trotz der rasanten Produktivitätssprünge der Industrie stieg in Bayern die Zahl der Beschäftigten zwischen 1983 und 1992 um 686 000 Personen! Nicht die wachsende Produktivität ist das Problem, sondern die völlig in Schiefele geratene Verteilung der daraus resultierenden Gewinne! Und: Die Statistik beweist, daß der Niedriglohnssektor in Deutschland und Bayern zum größten Teil von ausländischen Mitbürgern bestritten wird – mit ihrem Engage-

ment und ihren Beiträgen zur Steuern und Abgaben leisten sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Arbeitsplätze nehmen dagegen nur die Ausländer weg, die in den von der Bundesregierung gewollten atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie z.B. als Kontingent-Werkvertragsarbeiter unter ausbeuterischen Verhältnissen arbeiten müssen.

Der Bericht nimmt eine drastische Zunahme der Einkommensdisparitäten in Deutschland als notwendige Voraussetzung für die neue „unternehmerische Wissensgesellschaft“ ausdrücklich in Kauf. Dabei verschweigt die Kommission, daß diese Einkommensunterschiede nicht nur zwischen Kapital- und Vermögensbesitzern und Arbeitenden und Arbeitslosen zunehmen werden, sondern vor allem auch innerhalb des Lagers der Freiberufler und Selbständigen – in der neuen Armut sollen sich offenbar die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit endgültig auflösen! Eine solide Basis für einen dauerhaften Wertschöpfungsprozeß im Dienstleistungssektor mit vielen neuen Selbständigen stellt das nicht dar. Der Bericht verschweigt (bewußt?) Realitäten in anderen Ländern: Keine einzige andere entwickelte Volkswirtschaft verzichtet z.B. auf die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Abführung von Beiträgen zur Sozialversicherung für ihre Arbeitnehmer, und dies aus gutem Grund: Die Verantwortung für soziale Sicherheit und den sozialen Frieden kann eben nicht nur auf eine gesellschaftliche Gruppe abgeladen werden. Und die Kommission hat nicht hinter die Kulissen der neuen Beschäftigungswunder geblickt, sondern einäugig Wunschvorstellungen geformt. So stellt der anerkannte Arbeitsmarktforscher Dr. Heinz Werner vom IAB für die USA sinngemäß fest: Obwohl auch gut bezahlte und qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen wurden, bezahlen die USA ihr Beschäftigungswunder mit steigenden Einkommensdisparitäten bei abhängig Beschäftigten und im wachsenden Spektrum der Selbständigen. Außerdem verlieren die USA im Vergleich zu anderen Industrieländern im industriellen Sektor an Produktivität.

Die Vorschläge für das nationale Handeln können mit „Verwaltung des Mangels“ umschrieben werden: Die bezahlte Arbeit ist quasi naturgesetzlich knapp, deshalb müssen Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose die noch vorhandene Arbeit teilen, ihre Löhne und Gehälter natürlich auch und versichern soll sich jeder selber, denn der „unternehmerische Mensch“ trägt Eigenverantwortung, und wenn einer keine Arbeit hat, dann hilft die (unbezahlte) Bürgerarbeit über den Frust hinweg. Handstreichartig löst die Kommission verschiedenste Probleme auf einmal: Der Mißstand der Abnahme bezahlter Arbeit wird als fixe Größe hingenommen, die Lösung des Problems wird der Gruppe der Arbeitsplatzbesitzer und den Arbeitslosen zugeschrieben, das Pro-

blem der Lohnnebenkosten löst sich in „Eigenverantwortung“ auf, und jeder erhält im Zweifel „Bürgerarbeit“ gegen den Frust der Arbeitslosigkeit, wenn gleich dadurch der öffentliche Dienst und die Leistungen der Kirchen und karitativen Einrichtungen kaputt gemacht werden.

Besonders besorgniserregend ist die weitgehende Ausblendung des industriellen Wertschöpfungsprozesses durch die Kommissionsmitglieder. Wie geht es weiter mit den Arbeitsplätzen in der Industrie? Wie kann die industrielle Basis mit gut ausgebildeten Fachkräften erhalten werden? Welche industrienahen Dienstleistungen können einen Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit leisten? Auf all diese Fragen gibt es keine Antwort, außer man begreift die weitgefaßte Deregulierungs- und Liberalisierungsforderungen als industriepolitische Maßnahme.

Fazit: Die Ergebnisse der Zukunftskommission sind höchstexplosiver Sprengstoff. Entsolidarisierung und Individualisierung werden zu gesellschaftlichen Werten hochstilisiert, die Ungleichheit von Einkommens- und Vermögenslagen als notwendige Folge hingenommen. Würden die Ergebnisse wie vorgeschlagen umgesetzt, wären nicht nur soziale und gesellschaftliche Verwerfungen die Folge, sondern die Vorschläge sind ein eindeutiger massiver Angriff gegen die Industriegesellschaft, gegen Chancengleichheit und gegen einen Strukturwandel, der auf gesellschaftlichem Konsens beruht. Der DGB Bayern setzt dagegen auf eine politische Begleitung des Strukturwandels in der Industrie, um den industriellen Sektor als Basis einer tiefen Wertschöpfungskette zu erhalten, und auf eine sozialverträgliche Weiterentwicklung unserer Wirtschaft zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft.

Um diese Ziele zu erreichen und die Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu erhalten brauchen wir mehr Solidarität bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme z.B. durch eine alternative Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, mehr Gerechtigkeit in der Einkommensverteilung durch eine gerechte und wirtschaftlich sinnvolle Steuerreform (Stärkung der Binnennachfrage), mehr Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, eine Vielzahl von Arbeitszeitmodellen, die dem Einzelnen entsprechend seiner Möglichkeiten eine Reduzierung seiner Arbeitszeit anbieten, eine politisch begleitete Offensive für mehr echte Selbständigkeit und, durch diese Maßnahmen ermöglicht, eine Offensive zur Erschließung neuer Märkte im Aus- und im Inland!

Zukunft ist für uns nicht vorstellbar mit Deregulierung und Liberalisierung, sondern mit Solidarität, Ideenreichtum und gemeinsamer Vorsorge für Arbeitsplätze, Wirtschaft und den sozialen Frieden! Fritz Schösser (aus dem Internet)

Analyse zur SPD im Wahljahr 1998 Schlußfolgerungen für die PDS

Die Strategie, den Wahlkampf nicht gegen SPD und Grüne zu führen, sondern sich in der Auseinandersetzung mit der politischen Rechten zu entwickeln, wird durch die teilweise rasanten Rechtsentwicklungen bei SPD und Grünen nicht falsch, im Gegenteil. Denn diese Entwicklungen sind strategische Erfolge der Rechten und decken zugleich Schwächen der Linken auf. Von Bedeutung ist allerdings die Frage, warum SPD und Grüne für Positionen des deutschen Expansionsismus und der Unterordnung unter Konzerninteressen so anfällig sind. Wir veröffentlichen deshalb einen - stark gekürzten - Beitrag aus dem PDS-Parteivorstand zur SPD, der den Diskussionsstand in der PDS - und damit auch Probleme und offene Fragen in der Diskussion - widerspiegelt. scc

Horst Dietzel, Wolfgang Gehrcke,
Dieter Klein, Gerry Woop

II. Grundlinien der SPD-Politik

Obwohl das Wahlprogramm Formelkompromisse enthält und verschiedene Logiken miteinander zu verbinden sucht, ist es insgesamt „das marktwirtschaftlichste Programm“ (Gerhard Schröder), das die SPD je hatte. Es enthält schon im Ansatz ein deutlich anderes Herangehen als das Berliner Grundsatzprogramm von 1989. Wurden damals die Defizite der Marktwirtschaft deutlich herausgearbeitet, so heißt jetzt der Slogan „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“.

Spagat als Grundkonzept

Noch 1989 enthielt das Grundsatzprogramm der SPD immerhin das Ziel eines demokratischen Sozialismus. Heute - und das ist der entscheidende Bruch zu allen Elementen von Kapitalismuskritik in Programmatik und Realpolitik bisheriger sozialdemokratischer Entwicklung - wird mit Schröder im Widerspruch zu den sozialen Seiten des SPD-Wahlprogramms eine unübersehbare Annäherung an neoliberale Ideologie und Politik vollzogen, an das profitdominierte Grundkonzept der herrschenden Eliten. Gleichzeitig attackierte Oskar Lafontaine auf dem Hannoveraner Parteitag im Dezember 1997 die neoliberale Fehlorientierung auf den Shareholder Value, den Aktienwert der Unternehmen, die Unterwerfung unter Weltmarktmechanismen und die Untergrabung des Sozialstaats.

In den Vorstellungen Schröders zeigt sich sowohl ein innerer Widerspruch als auch einer zu Lafontaine. So orientiert er sich in der Wirtschaftspolitik international (Stichpunkte: Globalisierung, Stand-

ort, Export) und setzt zugleich in den meisten anderen Politikfeldern auf nationalstaatliche Ansätze, wie seine Europa-Skepsis auch verdeutlicht. Lafontaine favorisiert demgegenüber insgesamt mehr internationale Kooperation, europäische Zusammenarbeit und Harmonisierung.

Die Spitzenpolitiker der SPD treten mit dem Gestus der Rückgewinnung sozialer politischer Gestaltungskraft auf. Zu den angekündigten sozialdemokratischen Vorhaben gehören u. a. die Stärkung binnenvirtschaftlicher Kaufkraft, eine Absage an einen internationalen Wettlauf um die Absenkung sozialer Standards, eine andere Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und verbesserte Regelungen für Teilzeitarbeit. Im Gegensatz dazu kommen die Autoren eines programmatischen Eckpunkte-papiers, verfaßt vom wirtschaftspolitischen Arbeitskreis Gerhard Schröders im September 1997 dem neoliberalen Deregulierungskonzept zugunsten der Weltmarktmechanismen bedrückend nahe, wenn sie die Gestaltungsmöglichkeiten des Staates unter allen Bedingungen von vornherein für sehr gering halten und - ganz eingefangen in die übliche Standortlogik - auf Produktivitätsförderung konzentrieren wollen: „Die Politik - und die Wirtschaftspolitik im besonderen - hat nur wenig Möglichkeiten, Verhalten direkt zu beeinflussen; diese Möglichkeiten nehmen im Zeitalter der Internationalisierung der Ökonomie weiter ab. Aufgabe und Leistungsnachweis politischer Führung im 21. Jahrhundert ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Fähigkeit und Bereitschaft zu ständigen Produktivitätsverbesserungen gestärkt werden.“ (Wirtschaftspolitische Diskussionskreis 1997: 11) Die Grundorientierung auf die „Selbstregulierungskräfte der Gesellschaft“ wird mit dem Prinzip formuliert: „Ob eine Aufgabe vom Staat oder von Privaten erledigt wird, muß nach dem Grundsatz der Effizienz, Wirtschaftlichkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz entschieden werden.“ „Wir wollen dabei mehr Wettbewerb durchsetzen.“ (Wirtschaftspolitische Diskussionskreis 1997:12)

Als Maßstab für solchen vermehrten Wettbewerb gilt der SPD wie der CDU/CSU und FDP die Behauptung der Bundesrepublik als Wirtschaftsstandort auf den Weltmärkten. In Deutschland sollen die „besten Autos der Welt gebaut“, die „intelligentesten Maschinen“, „die leistungsfähigsten Solarzellen“ produziert werden (SPD-Wahlprogramm). Gerhard Schröder setzt in fataler Weise

auf die Lösung der deutschen Probleme zu Lasten der Schwächeren auf den Weltmärkten: „Wir können selbst entscheiden, ob wir im Prozeß der Globalisierung Hammer oder Amboß sind.“ (Gerhard Schröder auf dem SPD-Parteitag in Hannover) Aber das heißt eben auch, daß sich die SPD in der gegenwärtigen Situation einschneidender Umbrüche der Arbeitswelt und in den sozialen Sicherungssystemen, der hochtechnologischen Umwälzungen, der Globalisierung und der Bedrohung menschlicher Existenz durch den Bruch im Verhältnis von Gesellschaft und Natur, also in einer Lage höchster Anforderungen an strategisches Handeln trotz gegenteiliger Versicherungen per Saldo in paradoxer Weise für die Delegierung politischer Verantwortung an anonyme, kurzatmige Weltmarktmechanismen und die Unterordnung der Politik unter sie öffnet: „Wir wollen den Leistungswettbewerb der Unternehmen „„Der marktwirtschaftliche Leistungswettbewerb der Unternehmer ist der beste Motor für Innovation und neue Arbeitsplätze.“ (SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, Abschnitt I)

Aber die weltmarktorientierte Konkurrenz ist eben nicht der beste Zugang zu neuen Arbeitsplätzen, sondern eher der Mechanismus ihrer Reduzierung. Die Modernisierer um Gerhard Schröder ignorieren weitgehend die Machtstrukturen auf den Märkten: die Explosion der von internationalen Großbanken, transnationalen Konzernen und Großanlegern beherrschten Geld-, Kapital- und Devisenmärkte, deren Profitmaßstäbe längst von Beschäftigung abgekoppelt sind, den neuen, mit Rationalisierungsprozessen verbundenen Schub von Konzentrations- und Monopolisierungsprozessen auch in der Produktion im Gegensatz zur angespannten Situation vieler auf die Binnenmärkte angewiesenen kleinen und mittleren Unternehmen und die fatale Lage der Scheinselbständigen.

Mit welchen Resultaten ihres weltmarktorientierten Modernisierungskurses Gerhard Schröders wirtschaftspolitische Mannschaft rechnet, wird erkennbar, wenn es im Zusammenhang mit der Versicherung, Lohnabhängige in existentiellen Schwierigkeiten sollten nicht alleingelassen werden, heißt: „Das soll selbst dann gelten, wenn in spätestens 15 Jahren nur noch die Hälfte aller abhängig Beschäftigten einen arbeits- und sozialrechtlich abgesicherten Vollerwerbsplatz hat.“ (Wirtschaftspolitische Diskussionskreis 1997: 13)

Konsens gegen harte Konfliktlinie

Die akuten Gefahren solcher Annäherung an neoliberale Entwicklungen werden in vollem Maße deutlich, wenn der durch neoliberale Züge aufgeweichte und infrage gestellte sozialdemokratische Versuch der Rückgewinnung sozialer Marktwirtschaft in Beziehung zur Konsequenz und Härte des konservativen Neoliberalismus gesetzt wird. Denn in diesem Licht wird deutlich, daß eine alternative Strategie und Politik selbst der größten Konsequenz und Entschiedenheit bedürfte - aber auf sozialdemokratischer Seite eben nicht aufweist.

Im dritten Teilbericht der „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ wurde das Grundkonzept der herrschenden Eliten, ihr neoliberal-konservatives Gesellschafts- und Zukunftsbild am klarsten auf den Punkt gebracht. An die Stelle einer angeblich bisher „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ müsse eine „unternehmerische Wissensgesellschaft“ treten. In ihr sei „das Leitbild der Zukunft der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“. (Kommission für Zukunftsfragen 1998: 247) Jede und jeder möge zurückgeworfen auf sich selbst bei extrem ausgedünnten Sozialnetzen für sich selbst sorgen. Das ist der Kern des neoliberalen Zukunftsbildes. Und mit beklemmender Brutalität wird einkalkuliert: „In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. ... Die Nachteile der defensiven Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muß auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist.“ (Kommission für Zukunftsfragen 1998: 255)

In dieser konservativen Variante des Neoliberalismus sind harte soziale Konflikte und Polarisierungsprozesse voll einkalkuliert. Existentieller Druck auf die Individuen soll sie zu äußerster Leistungsfähigkeit zwingen. Die Politik von CDU und FDP geht in diese Richtung, in Schäubles Version womöglich abgemildert.

Im Unterschied dazu versucht die SPD-Strategie, weltmarktorientiertes, hochleistungsgestütztes Wachstum und die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft zu verbinden. Dafür will sie auf korporatistischem Wege unter Einbeziehung der Gewerkschaften einen gesellschaftlichen Konsens schaffen.

Der Mehrheit der SPD-Spitze geht es nicht um „die reformpolitische Generalinventur der bundesdeutschen Gesellschaft. Die Pragmatiker wollen sich darauf konzentrieren, das Leben in der Republik erträglicher zu gestalten.“ Die Botschaft lautet: Keine großen Visionen von einer besseren Gesellschaft, sondern „handwerklich solide soll zu den besse-

ren Zeiten der sozialen Marktwirtschaft zurückgekehrt und auf diesem Weg die Massenarbeitslosigkeit verringert werden“. (Bischoff/Detje, *Sozialismus* 4/98:9)

Das Bedenkliche daran ist nicht die Absicht, Wettbewerbsfähigkeit und soziale Ziele zusammenzuführen, sondern der folgende Zusammenhang: Das CDU/CSU-Konzept läuft real darauf hinaus, die gesellschaftliche Entwicklung mit entschieden verstärkter Intensität den Unternehmerinteressen des Großkapitals zu unterwerfen, solidarische Sicherungssysteme im Namen einer unternehmerischen Selbstverantwortung der Individuen für sich abzubauen und massenhafte ungesicherte Scheinselbständigkeit durchzusetzen. Und genau in dieser Situation gerät der SPD ihre Orientierung noch zwiespältiger und widerspruchsvoller denn je zuvor. Während die einen in ihren Papieren an sozialen Zielen festhalten und den neoliberalen Kurs ablehnen, öffnen sich ihm in Gerhard Schröders Umfeld und anderswo Einfallstore.

Dies geschieht v.a. durch die Zentralität der mit globalen Zwängen motivierten Weltmarktorientierung in Schröders Wirtschaftskonzept, durch die Entscheidung für mehr Wettbewerb im Verhältnis von Markt und gestaltender Politik, durch den Verzicht auf überfällige Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und durch die Akzeptanz eines bald die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung umfassenden Sektors prekärer Beschäftigung.

Auch wenn die Löhne in einem Nied-

riglohnsektor staatlich aufgestockt werden sollen, bedeutete dies, eine neue Welle der Verschiebung zwischen Profiten und Löhnen in der Primärverteilung zugunsten des Kapitals einzukalkulieren.

In diesem Zusammenhang des Übergangs zu bisher nicht gekannter Kapitaldominanz in Wirtschaft und Gesellschaft mit den jüngsten programmatischen und praktischen Schritten der Regierungsparteien und der Unternehmerverbände unter der Fahne des Unternehmerischen erscheint es als Öffnung der Sozialdemokratie zum Neoliberalismus, wenn die Modernisierer um Schröder diese eindeutige und folgenreiche Weichenstellung zu einer noch stärker unternehmergeprägten Gesellschaft nicht zurückweisen, wenn vielmehr in unübersehbarer Nähe zu der eben zitierten axiomatischen Aussage der Zukunftskommission Stoibers und Biedenkopfs gleich der erste Satz in dem programmatischen Grundsatzpapier des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises Gerhard Schröders vom September 1997 nicht zufällig lautet: „Wir werden unternehmerischen Geist überall und bei jedem in Deutschland ermutigen und fördern.“ (Wirtschaftspolitischer Diskussionskreis 1997: 1)

Die Zielsetzung der jüngst deklarierten Strategie und Politik der SPD lautet: innovations- und hochleistungsgestütztes, weltmarktorientiertes Wachstum und Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft zugleich. Die Logik der Annäherung an den Neoliberalismus jedoch und des auf dieser Basis kaum abzuweisenden enormen Drucks der Weltmarktmechanismen auf die Rücknahme sozialer

... In und bei der PDS

Hamburg: Erstes Resultat bei der Listenaufstellung

Die Mitgliederversammlung der PDS Hamburg hat am 21. Juni mit der Wahl der Landesliste und der Direktkandidaten begonnen (Fortsetzung ist am 28.6.). Das in geheimer Wahl bisher erzielte Resultat: Auf Platz 1 wurde im dritten Wahlgang Joachim Bischoff mit 38 von 60 Stimmen, auf Platz 2 Christiane Schneider im ersten Wahlgang mit 35 von 57 Stimmen, auf Platz 3 Kirsten Radüge, die zuvor für Platz 1 und 2 kandidiert hatte, im dritten Wahlgang mit 30 von 52 Stimmen gewählt. Mit diesem Ergebnis zeichnet sich die Möglichkeit ab, die seit langem den Landesverband lähmende Blockade, die in erster Linie aus der Vereinnahmungspolitik der um die studentische Liste Links gescharten Gruppierung resultiert, politisch zu überwinden.

Die von dieser Gruppierung vertretene Wahlkampfkonzepktion, für die Kirsten Radüge kandidierte, stellt die allgemeine Propaganda für die Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Mittelpunkt, wobei - nebenbei gesagt - die Vorstellungen, worin der gesellschaftliche Wandel zu bestehen habe, sich in ei-

nem „Mehr, schneller, besser ...“ erschöpfen, d.h. der Fortschritt in der konsequenten Erschließung der inneren Potenzen der herrschenden Verhältnisse und weniger in ihrer Umwälzung bestehen soll. Dieser Kurs wurde allerdings bisher nach außen noch nicht wirksam.

Demgegenüber hat die Opposition im Landesverband, in der verschiedene Strömungen zusammenarbeiten, vor etlichen Wochen begonnen, einen basisorientierten und nach außen gerichteten Wahlkampf zu organisieren bzw. entsprechende Aktivitäten von Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften zu unterstützen. - Aus der Geschichte und Gegenwart der Grünen ist zu lernen, wie fatal eine Spaltung nach „Realos“ und „Fundis“ ist, wie es zur Schwächung von Widerstand und zur Unterordnung unter die herrschende Politik führt, wenn linke Kritik sich zu oft auf - im einzelnen meist wichtige - Akte symbolischen Gehalts und symbolischer Bedeutung beschränken läßt und andererseits die Befassung mit den Sachfragen die Kritik aus dem Auge verliert. Die radikale Kritik des kapitalistischen Wirtschaftens und der herrschenden neoliberalen Politik muß sich im Aufgreifen der Sachfragen, in den realen Auseinandersetzungen

Standards wird voraussichtlich die soziale Komponente in der sozialdemokratischen Konzeption entschieden reduzieren. Diese Logik tendiert zur weiteren Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung. Und da erklärter Maßstab des Wachstums Spitzenpositionen in der Weltmarktkonkurrenz sein sollen, wird solches Wachstum auch die Umwelt weiter zerstören, wenn nicht Gegenmächte dem erfolgreich entgegenwirken. Vom Standpunkt dieser Grundlogik sollte die Politik der SPD eingeschätzt werden.

Weil eine SPD-geführte Regierung unter Gerhard Schröder von diesem Grundkonzept ausgeht, bleibt ihr Spielraum für soziale und ökologische Reformen relativ gering. Es wird sicher eine Reihe von Zugeständnissen an ArbeitnehmerInneninteressen geben, der Zug in Richtung Deregulierung bewegt sich aber insgesamt weiter. Dabei dürfte sich die Konfliktlinie zwischen Regierungshandeln und SPD-Parteibeschlüssen weiter verschärfen, ohne kurz- oder mittelfristig zu Zuspitzungen zu führen.

Beschäftigung durch herkömmliches Wachstum - ein verfehelter Ansatz

Im SPD-Wahlprogramm 1998 wie in Gerhard Schröders wirtschaftspolitischen Eckpunkten wird Beschäftigung vorwiegend vom Wirtschaftswachstum erwartet, ohne eindeutig zu sagen, wie denn die Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung rückgängig gemacht werden soll. An erster Stelle unter den sozialdemokratischen Instrumentarien der Beschäftigungspolitik werden im Wahlprogramm angebotsorientierte Maßnahmen

genannt, d.h. solche, die die Angebotsstärke der Unternehmen auf den Märkten erhöhen sollen: Stärkung von Forschung, Bildung und Wissenschaft, offensive Nutzung neuer Technologien, Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten und der Unternehmenssteuersätze. Allerdings ist nachfrageseitig auch von der Notwendigkeit einer Stärkung der Massenkaufkraft die Rede, vor allem durch steuerliche Entlastung von Arbeitnehmerfamilien. Wie das im Rahmen eines Gesamtkonzepts, das auf die Stärkung der kapitalistischen Unternehmer und auf Anpassung an Weltmarktkonkurrenz setzt, zustande kommen soll, bleibt unverständlich. Denn eine Umverteilung von oben nach unten ist nirgendwo vorgesehen, wohl aber die weitere Erhöhung des Anteils von Arbeitsplätzen mit niedrigen Stundenlöhnen. Daß die Entlastung von Unternehmen und Erwerbsabhängigen von Sozialbeiträgen für den Niedriglohnbereich durch die Bundesanstalt für Arbeit zur erheblichen Erhöhung von Masseneinkommen führen kann, ist nicht anzunehmen. Daß Kombilöhne dies erreichen, ist ebenfalls unwahrscheinlich. Die Verteidigung der Tarifautonomie soll so geschehen, daß die Flächentarifverträge zu einem bloßen Rahmen für flexible Lösungen in Abhängigkeit von den unterschiedlichen Bedingungen in den Betrieben, Branchen und Regionen währt.

Starke Beschäftigungseffekte erwartet die SPD in ihrem Wahlprogramm vom Dienstleistungssektor, ohne die zunehmende Durchrationalisierung der industriellen Dienstleistungen auch nur zu

erwähnen. Nur indirekt erscheint dieses Problem durch die starke Betonung haushaltsbezogener Dienstleistungen. Durch Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu den niedrigen Einkommen von Haushaltshilfen soll „auch der Normalverdienende sich Haushaltshilfen leisten können und damit der gewünschte Beschäftigungseffekt erreicht werden.“ (SPD-Wahlprogramm)

Arbeitszeitverkürzung und gerechte Verteilung der Arbeit sind für die SPD in den Hintergrund gerückt. Weit stärker wird auf Flexibilisierung der Arbeitszeiten und auf Teilzeitarbeit orientiert. Die Ankündigung unterschiedlichster öffentlicher Förderungsmaßnahmen für Beschäftigung - beispielsweise für die Einstellung von Forschungspersonal in kleinen und mittleren Betrieben oder Zuschüsse für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen - wird nicht zu einem Gesamtkonzept des Aufbaus eines neuen dritten Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung zusammengefaßt. Das widerspricht der Logik des programmatischen Zuschnitts auf privates Unternehmertum, Ausweitung des Wettbewerbs und Weltmarktorientierung. Deshalb taucht Strukturpolitik auch nur am Rande auf. Gerade sie aber würde eine Orientierung des Wachstums auf ökologisch und sozial sinnvollen Arbeitsfeldern fördern können.

Sozialpolitik

Auf sozialpolitischem Gebiet sind die Positionen widersprüchlich. Einerseits sollen jüngste unsoziale Maßnahmen der gegenwärtigen Regierungskoalition zurückgenommen werden, andererseits

bewahren. Dazu leistet das PDS-Wahlprogramm insgesamt viel Unterstützung. Die Opposition im Landesverband hat diesen Weg in der Entfaltung des Wahlkampfes eingeschlagen, dabei gegen die von der Liste Links vertretene Vorstellung eines „homogenen Wahlkampfes“ das Konzept eines vielfältigen Wahlkampfes gestellt, in dem die verschiedensten Aktivitäten und unterschiedliche Vorstellungen und Ansätze ihren Platz haben.

Da es so besser als in der Vergangenheit gelang, die politische Alternative herauszuarbeiten, konnte für den Platz 1 und 2 auch für die personelle Alternative eine Mehrheit erreicht werden. Es wäre wünschenswert, wenn die Liste Links, die die sicher geglaubte Mehrheit und die schon vorab untereinander verteilten Listenplätze verfehlte, das Resultat politisch bedenkt, anstatt, wie es sich leider abzeichnet, dunklen Verschwörungstheorien nachzujagen. scc

Nachwahlen bei der PDS Baden-Württemberg

Wir hatten berichtet, daß nach der Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen die Landessprecherin Ulrike

Hintsches und der Landesschatzmeister Richard Pitterle von ihren Ämtern zurückgetreten sind. Mit einigen weiteren Mitglieder, vermutlich etwa insgesamt sieben, haben sie den Landesverband, aber nicht die PDS, verlassen. Die Mitgliederzahl im Landesverband hat sich dennoch seit der Landesversammlung im April noch einmal leicht auf 268 erhöht.

Auf der Tagung der Landesmitgliederversammlung am 21. Juni wurde die Lage im Wahlkampf diskutiert, und verschiedene praktische Festlegungen wurden getroffen, u.a. ein Termin für ein Wahlkampfseminar vereinbart.

Die innere Lage der PDS nach den Rücktritten und den harten Auseinandersetzungen um die Listenaufstellung wurde ebenfalls diskutiert. Die Versammlung verabschiedete mit großer Mehrheit eine Resolution, in der sie die Rücktritte und Austritte aus dem Landesverband bedauert. Die Landesversammlung würde es begrüßen, wenn die Genossinnen und Genossen wieder mitarbeiten.

Auf Vorschlag des Landessprechers Peter Linnes soll nach den Bundestagswahlen eine ausführliche Diskussion auf einer Landesmitgliederversammlung

über die Fragen und Probleme der Integration verschiedener politischer Strömungen in der PDS diskutiert werden. Eine schon seit längerem beabsichtigte Neufassung des Statuts wird sich damit verbinden lassen.

Die Neuwahlen für die offenen Ämter fanden statt. Die Versammlung wählte Chantal Pannacci aus Mannheim zur neuen Landessprecherin; sie war bereits seit November 1997 Mitglied des Landesvorstands (40 Ja, 6 Nein, 5 Enth.). Als Landesschatzmeisterin wurde Ulrike Küstler gewählt (41:4:6). Es war auch möglich, den bisher nicht besetzten Platz eines weiteren weiblichen Mitglieds im Landesvorstand zu besetzen, gewählt wurde Steffi Fischbach aus der Hochschulgruppe Tübingen (48 Ja, 2 Enth.). Insgesamt besteht der jetzige Landesvorstand damit aus sechs Personen. Der bisherige Vertreter im Bundesparteirat, der die Auffassung vertreten hatte, seine Amtszeit betrage in Abweichung von der bisherigen Praxis vier Jahre, wurde abgewählt (27:9:6) und mit 21 Stimmen Hans Schimpf aus Offenburg gewählt, der zweite Kandidat Andreas Schack aus Konstanz erhielt 20 Stimmen. Der Platz des weiblichen Vertreters im Parteirat mußte offenbleiben. alk

setzt das Wahlprogramm auch auf diesem wichtigen Politikfeld neue Akzente. Zum Versprechen der Rücknahme von unsocialen Entscheidungen der Kohl-Regierung sind insgesamt jedoch zwei relativierende Momente zu erwähnen; zum einen der Finanzierungsvorbehalt und zum anderen das von Schröder erwähnte Gesamtkonzept zur komplexen Lösung verschiedener Probleme im Konsens zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es sollen zwar die Rentenkürzungspläne rückgängig gemacht werden, aber das gegenwärtige Rentenmodell der beitragsbezogenen Rente soll wesentlich reformiert, ergänzt bzw. verändert werden. Das Vier-Säulen-Modell Schröders führt faktisch zu einer Teilprivatisierung des Rentensystems. Damit hat der traditionalistisch orientierte Flügel um Dreßler eine Niederlage einstecken müssen. (...)

Obwohl nach wie vor Unterschiede in der Sozialpolitik zwischen CDU und SPD bestehen, zeigt die Richtung des Wahlprogramms: Ähnlich wie die CDU und die FDP betonen jetzt auch die Sozialdemokraten, daß „Eigenverantwortung und Eigeninitiative“ wesentliche Elemente eines modernen Sozialstaates seien. Damit wird das Solidarprinzip, das traditionell von der SPD mit begründet und vorangebracht wurde, nunmehr teilweise ausgehöhlt. Wenn sich an zwei seiner wichtigsten Säulen, der Renten- und der Krankenversicherung, die absehbaren Vorstellungen durchsetzen, wird der Sozialstaat insgesamt entschieden geschwächt.

(...)

V. Vorschläge

1. Die politische Grundkonzeption und das Selbstverständnis der SPD als „neue Mitte“ verlangt von der PDS, ihre Funktion als sozialistische Partei links von der SPD deutlicher zu profilieren. Das betrifft Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des wirksamen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, der Umverteilung von oben nach unten, der Ökologie- und Umweltpolitik, der Demokratisierung der Demokratie, der AusländerInnenpolitik, aber auch der Außenpolitik - einschließlich der Europapolitik. Es handelt sich um nahezu alle wichtigen Politikfelder, in denen die PDS andere bzw. spezifische Positionen bezieht.

Dabei steht die PDS vor der Herausforderung, in einem raschen Tempo Sachkompetenz und Professionalität weiterzuentwickeln. Damit wird ein Weg bestritten, der der PDS einen dauerhaften Platz im demokratischen Spektrum des bundesdeutschen Parteiensystems sichern kann.

Im Wahlkampf bedeutet das eine Strukturierung von wenigen Botschaften:

a) Die PDS versteht sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Im Unterschied zu anderen stellt sie die Verteilungsfrage konsequent. Das Steuerkonzept der PDS

sieht radikale Umverteilung von oben nach unten vor und ermöglicht

neben der Entlastung unterer Einkommensgruppen die Finanzierung sozialpolitischer Ziele. Die PDS sagt: Reichtum ist teilbar. Mit ihrem Konzept der sozialen Grundsicherung hat die PDS Vorstellungen zur Absicherung sozial schwächerer Menschen ausgearbeitet.

b) Die PDS vertritt Konzepte zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die auf eine alternative Wirtschaftspolitik, unter anderem auf Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung zwischen Männern und Frauen und auf einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zielen.

c) Die PDS vertritt konsequent und kompetent ostdeutsche Interessen.

d) Die PDS macht Druck von links auf Schröder. Sie vertritt dabei auch Kernforderungen der Gewerkschaften.

2. Die gegenwärtige Situation zeigt die Dringlichkeit, verstärkt die Arbeit an einem alternativen Gesamt-Reformkonzept durch die PDS fortzusetzen. Da ein solches Alternativkonzept zum neoliberalen Kurs (auch in der sozialdemokratischen Variante) der Öffentlichkeit nicht vorliegt und der neoliberale Zeitgeist nach wie vor herrscht, ist es schwierig, ein wirklich nachhaltiges Gegengewicht gegenüber der dominierenden SPD-Linie auch politisch relevant zu verankern. Mit einem solchen Reformkonzept muß es auch gelingen, realistische Visionen mit der Alltagsarbeit zu verbinden und so größere Teile der Bevölkerung dafür zu gewinnen. Hier ist der politische Dialog mit linken Kräften in der SPD (wie auch mit den Grünen) wichtig für die Formulierung auch von PDS-Positionen.

Die PDS steht vor der Herausforderung (so wie andere linke Kräfte), den Sozial- und Wohlfahrtsstaat unter den jetzigen Bedingungen der Globalisierung neu zu begründen und konzeptionell auszuarbeiten. Hier geht es u.a. darum, Schlußfolgerungen für sozialpolitische Leitlinien zu ziehen.

2. Die generelle Haltung der PDS gegenüber der SPD - für ein konstruktives Verhältnis und Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Betonung der eigenen Positionen, d.h. Dialog und inhaltliche Auseinandersetzung - sollte fortgesetzt werden. Diese prinzipielle Einstellung der PDS ist langfristig wichtiger als kurzfristige taktische Vorteile, die bei einer reinen Ablehnung oder bei „Entlarvungskampagnen“ liegen könnten.

Jede Strategie, die auf ein Herausbrechen von linken Kräften oder Personen aus der SPD zielt, ist auf Sand gebaut und abzulehnen. Die weitere inhaltliche Profilierung der PDS, ihre Offenheit und die Intensivierung des inhaltlichen Dialogs in verschiedensten Formen wie die gemeinsame rein politisch-praktische Arbeit (wo dies möglich ist) ist eine adäquate Antwort auf mögliche Differenzierungs- und Erosionsprozesse in der SPD nach den Bundestagswahlen. Damit ver-

bunden ist natürlich, daß von der SPD-Politik enttäuschte SozialdemokratInnen bei der PDS als SympathisantInnen oder Mitglieder willkommen sind.

(...)

2. Kurzfristig für den Bundestagswahlkampf sollten vor allem folgende Probleme beachtet werden:

Unser politischer Gegner ist die gegenwärtige Regierungskoalition. Deshalb wird die Auseinandersetzung hauptsächlich mit den Parteien der Regierungskoalition geführt, deren Politik zu massivem Demokratieabbau und Sozialabbau geführt hat.

Die PDS profiliert sich als politische Kraft, die für einen wirklichen Politikwechsel steht. Ohne die PDS im Bundestag, ohne ihren politischen Druck von links, werden die Unterschiede der Politik einer SPD-geführten Bundesregierung zur gegenwärtigen Regierungspolitik in wichtigen Fragen minimal sein.

Die SPD ist trotz vieler anderer Beuerungen im Wahlkampf eine deutlich westdominierte Partei. Dem Kanzlerkandidaten ist der Osten zutiefst fremd. Wie das Beispiel Sachsen-Anhalt zeigt, ordnet er Ostinteressen (auch die der eigenen Partei) westdeutschen Befindlichkeiten unter. Das Ost-Konzept der SPD ist rein technokratisch/wirtschaftspolitisch angelegt. Die PDS hingegen definiert Ostinteressen breiter und hat dementsprechend auch einen breiteren Politikansatz.

Das hauptsächliche Konkurrenzverhältnis der PDS um Wählerschichten besteht mit der SPD. Deshalb steht die PDS im Bundestagswahlkampf vor einer großen Herausforderung. Sie muß die Ambivalenz von Kooperation und Angeboten zur Zusammenarbeit einerseits und der Auseinandersetzung andererseits immer richtig ausloten. Die PDS darf nicht ein Erscheinungsbild abgeben, daß sie mehr oder weniger problemlos von der SPD ins Schlepptau genommen werden kann. Dialogbereitschaft darf nicht zu einem eigenen Gesichtsverlust führen. Andererseits darf auch nicht den Eindruck entstehen, die SPD wäre der politische Hauptgegner. Das ist auch insbesondere vor dem geschichtlichen Hintergrund der Beziehungen zur SPD von Bedeutung.

Es geht auch um eine machtpolitische Klarstellung. Auf Bundesebene steht die PDS für klare linke Opposition, die beim Regierungswechsel Druck auf Schröder und Regierungsanpassungen der Grünen ausüben wird. Das ist nicht nur für das politische Kräfteverhältnis insgesamt von Bedeutung, sondern auch für den Rückhalt linker Kräfte bei SPD und Grünen. In den ostdeutschen Bundesländern ist die PDS zugleich die Reformkraft (gewissermaßen anstelle der Grünen in bezug zur SPD). Unter bestimmten Bedingungen ist hier auch Regierungs- oder Tolerierungsverantwortung möglich sowie sinnvoll und wird angestrebt.

Der Text vollständig im Internet.

Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen

Am 15. August wird in Bremen eine vom Internationalen Menschenrechtsverein in Bremen (IMRV) initiierte Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen starten. Sie wird über einen Zeitraum von mehreren Wochen hinweg durch knapp 30 deutsche Städte ziehen und dabei die verschiedenen Aspekte des Rassismus in dieser Gesellschaft zum Thema machen. Die Karawane ist eine Reaktion auf die Tatsache, daß die Angriffe des deutschen Staates auf Flüchtlinge und MigrantInnen von Jahr zu Jahr an Schärfe zunehmen, während die Gegenmobilisierung weitgehend zusammengebrochen ist. Eine weitere Eskalation der Situation im Wahljahr 1998 ist angesichts der Debatten um „Innere Sicherheit“, das „New Yorker Modell“, „zero tolerance“ etc. schon vorprogrammiert. Die Vorwahlzeit stellt einen strategisch günstigen Zeitpunkt dar, um mit der Karawane die Lähmung zu überwinden, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und damit zu beginnen, der aggressiven Politik (wieder) offensiv gegenüber zu treten. (...)

Mittlerweile sind diverse überregionale Koordinations- und Planungstreffen für die Karawane abgehalten worden. In mehr als einem Dutzend Städte haben Veranstaltungen mit VertreterInnen aus Bremen stattgefunden, um das Projekt vorzustellen. In über 20 Städten sind lokale Vorbereitungskomitees aktiv. (...)

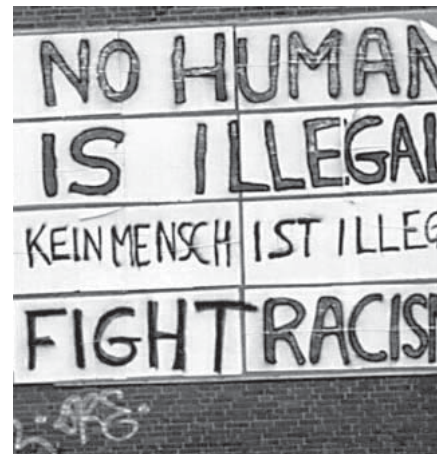
Verschärfung der rassistischen Politik für weitere Zielgruppen

In den Diskussionen um illegale Einwanderung und Asylpolitik geht unter, daß auch zunehmend MigrantInnen, die sich schon seit Jahren/Jahrzehnten in Deutschland aufhalten, bzw. deren Nachkommen (2. und 3. Generation) in das Gesichtsfeld konservativer IdeologInnen und ÖkonomInnen geraten. Eine vergleichsweise höhere Arbeitslosenquote, ein höherer Anteil von Sozialhilfebezug und im Vergleich zu Deutschen unterdurchschnittliche Bildungsabschlüsse werden nicht etwa als Ergebnis fundamentalen Benachteiligung und rassistischer Diskriminierung und damit als Problem der Gesamtgesellschaft aufgefaßt. Vielmehr werden die betroffenen Menschen selbst dafür verantwortlich gemacht. Schlagworte wie der Begriff der sog. Ausländerkriminalität oder der Verweis, das deutsche Sozialsystem könne den Unterhalt der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht mehr finanzieren, zeigen, daß zwischen den Diskussionen über Einwande-

rungs- und Asylpolitik, Sozialpolitik, Neoliberalismus, Innere Sicherheit und den Standort Deutschland vielfältige argumentative Verknüpfungen bestehen. In den Auseinandersetzungen um die Ausländerpolitik treffen somit Aspekte verschiedener reaktionärer, rassistischer und neoliberaler Ideologien aufeinander. So lassen sich Klagen über die soziale Hängematte und Forderungen nach einem Abbau der Sozialsysteme zwanglos mit dem Wunsch in Übereinstimmung bringen, daß mit Einwanderung jetzt endlich Schluß sein müsse. (...)

In den reaktionären Argumentationsfiguren können problematische Ausländergruppen nicht nur als Gefahr für die Innere Sicherheit ausgemacht, sondern auch zur zunehmenden Belastung für die sozialen Sicherungssysteme und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes erklärt werden. Kurz, sie gefährden den Standort Deutschland. Der Wirtschaftswissenschaftler Meinhard Miegel, Professor in Leipzig und Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, formuliert entsprechende Drohungen in aller Offenheit: „Für die Zuwanderer, die bis Anfang der siebziger Jahre nach Deutschland kamen, gilt, daß ihre Wertschöpfung zunächst höher war als ihr Verbrauch, daß sich aber beide bereits gegen Ende dieser Phase weitgehend entsprachen. Anders liegen die Verhältnisse bei der späteren Zuwanderung. Sie stellt bis heute eine wirtschaftliche und soziale Belastung der einheimischen Bevölkerung dar. Ob sich dies in Zukunft ändern wird, ist schwer vorherzusagen. (...) Die Zuwanderung hat bislang nicht wirklich innovativ beflügelt, sondern allenfalls dazu beigetragen, einen bestimmten Status quo zu erhalten. Wenn sich das künftig ändern soll, müssen Zuwanderer so umfassend wie möglich integriert und ihr innovatives Potential aktiviert werden. Darüber hinaus muß Deutschland für Wissen und Kapital attraktiver werden als es heute ist. Sollte das nicht gelingen, wird das gesamte volkswirtschaftliche Gefüge absinken. (...) Deutschland muß sich deshalb umgehend damit befassen, daß möglicherweise wenig qualifizierte und produktive Menschen in großer Zahl zuwandern werden und daß nicht zuletzt deshalb Kapital und Wissen abwandern könnten.“ (...)

Flüchtlinge und Illegalisierte sind nicht nur besonders hart von den Verschärfungen der letzten Jahre betroffen, die Asyldebatte war bis Mitte der 90er Jahre der entscheidende Schrittmacher bei der rassistischen Radikalisierung der



deutschen Gesellschaft. Bereits von daher führt kein Weg daran vorbei, daß sich auch länger in Deutschland lebende MigrantInnen mit den Flüchtlingen solidarisieren. Es ist in diesem Zusammenhang ein grundsätzliches Problem der letzten Jahre gewesen, daß die vielfältigen rassistischen Differenzierungen der deutschen Ausländer- und Asylgesetzgebung die Solidarisierungsprozesse innerhalb der Flüchtlings- und MigrantInnengemeinschaft immer wieder aufs Neue blockiert und verhindert haben. Solidarisierungsprozesse gegen einen Rassismus, der die Grenzen gegen die aktuellen Wanderungsbewegungen rigoros abschotten versucht und der gleichzeitig alles daran setzt, längst eingewanderte, hier lebende, hier geborene, hier groß gewordene und hier arbeitende MigrantInnen auf Teufel-komm-raus auszugrenzen und ihnen damit subalterne Plätze in der rassistisch geprägten gesellschaftlichen Hierarchie zuweist. Es dürfte möglicherweise auch der Vielgestaltigkeit und Flexibilität der Angriffe geschuldet sein, daß die Elterngeneration selbst der massiven rassistischen Ausgrenzung und Kriminalisierung von jungen MigrantInnen, der Ausweisungspolitik gegenüber jugendlichen bzw. heranwachsenden sog. „ausländischen Straftätern“ und dem entsprechenden Propagandagetöse der jüngsten Zeit bislang sehr verhalten gegenübersteht - ganz zu schweigen von der nunmehr dreißigjährigen Verweigerung ihrer Integration und ihrer politischen, sozialen und rechtlichen Gleichstellung, selbst auf dem Papier. (...) Verstärkt wird dieser Effekt durch eine äußerst effektive Sozialtechnik, die Flüchtlinge von vorne herein gesellschaftlich ausgrenzt und in Sammellagern isoliert und die zusammen mit der oben beschriebenen Politik der systematischen Desintegration von Flüchtlingen geradezu zwingend dazu führt, daß diese versuchen, jenseits der (für sie ohnehin durch Arbeitsverbot verschlossenen) Lohnarbeit und/oder Sozialhilfe andere Einkommensperspektiven zu realisieren. (...) Die Tatsache, daß es in Deutschland keine antirassistische Bewegung gibt, die hier massiv Stellung beziehen könnte, macht es den selbst in vielfältiger Weise von Rassismus betroffenen EinwandererInnen um so schwerer,

sich gegen die Verschärfung des Klimas zur Wehr zu setzen. Die Karawane ist auch der Versuch, eine Änderung dieser Situation herbeizuführen. Einmal weil sich die Radikalisierung des Rassismus in Deutschland eben nicht „nur“ auf Flüchtlinge beschränkt - auch wenn sich diese Tatsache in den Aktivitäten der deutschen antirassistischen Linken so gut wie nicht niederschlägt. Zweitens, da der fortschreitenden Eskalation ohne eine Bewegung unter den länger ansässigen MigrantInnen nicht Einhalt geboten werden kann. Eine Bewegung, die umgekehrt nur dann Erfolg haben kann, wenn sie die Differenzierungen überwindet und sich mit den Flüchtlingen solidarisiert.

Der inhaltliche Rahmen

Drei zentrale Gedanken legen den inhaltlichen Rahmen des Projekts fest. Einmal geht es darum, den Rassismus in Deutschland in all seinen Dimensionen auf- und anzugreifen. (...)

Das zweite Ziel ist es, der nationalistischen Standort Deutschland-Politik eine offensive internationale Position entgegenzusetzen. Die Karawane soll dazu beitragen, einen erneuerten Internationalismus hervorzubringen, der die mörderischen Effekte der Weltwirtschaftsordnung aggressiv angeht, anstatt sich mit dem „Sieg“ des Kapitalismus abzufinden. Personifiziert und konkret repräsentiert wird die fundamentale Kritik an der Weltwirtschaftsordnung von MigrantInnen und Flüchtlingen, die Europa aus allen Regionen der Welt erreichen. (...)

Drittens wird sich die Karawane nicht nur auf Flüchtlinge und deren Probleme konzentrieren, sondern auch einen Bogen schlagen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Sie soll ein Versuch sein, sich der Teile-und-Herrsche-Politik, den endlosen Differenzierungen mit ihrem Gegeneinander-Ausspielen der verschiedensten Gruppen zu widersetzen und diese lähmende Situation zu durchbrechen. Damit ist nicht gemeint, die inhaltliche Schärfe aufzugeben und eine belanglose Sauce zu fabrizieren, die nach dem Motto „Allen geht's irgendwie schlecht“ rassistisch und sexistische Hierarchien leugnet. Die Idee ist vielmehr, die Schärfe beizubehalten und gleichzeitig eine Ausweitung der Themen zu versuchen, so daß die Karawane einen (gegenseitig-solidarischen) Brückenschlag ermöglicht. (...)

Was ist die Karawane?

Das Karawane-Projekt ist Ausdruck der Überzeugung, daß es nicht die richtige Antwort sein kann, angesichts der gegenwärtigen Umstände zu kapitulieren oder sich gar in ihnen einzurichten. Wir wollen und müssen im Gegenteil Strukturen aufbauen, die der law-and-order Politik längerfristig etwas entgegensetzen können, uns also die Möglichkeit geben, die Lage nicht nur zu analysieren, sondern auch praktisch und wirksam zu

intervenieren. Die Karawane stellt die bislang einmalige Chance dar, damit zu beginnen - und diese Chance muß ergriffen werden. (...) Die Karawane besteht ... aus den Beiträgen jeder einzelnen Stadt/Gruppe/Person und soll Anlaß sein, lokal und überregional neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu festigen. Es ist entscheidend, daß sich möglichst viele Menschen an ihrer Planung und Durchführung beteiligen. Das wird mit Hilfe lokaler Vorbereitungsgruppen, die sämtliche vor Ort anfallenden Organisationsarbeiten übernehmen, bewerkstelligt. (...)

Fest steht, daß bestimmte symbolische Schlüsselorte des staatlichen Rassismus wie der Flughafen Frankfurt/Main, der Abschiebeknast in Büren und einzelne Grenzübergänge angelaufen werden. Drei bundesweit organisierte Flüchtlingsgruppen haben bis jetzt ihre Unterstützung zugesagt, nämlich iranische, kurdische und tamilische Organisationen. Gemeinsam mit den in der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ organisierten Initiativen stellen sie das derzeitige Rückgrat des Projekts dar. Auf dem bis dato letzten bundesweiten Vorbereitungstreffen ist folgende Route festgelegt worden:

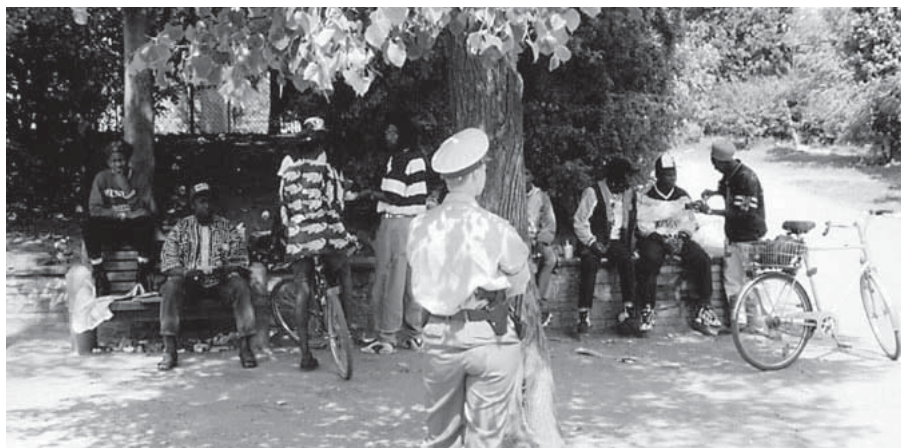
Bremen (13.-15.8.) - Hamburg/Norderstedt (16/17.8.) - Kiel (18.8.) - Lübeck (19.8.) - Berlin (20.-22.8.) - Dresden (23.8.) - Leipzig (24.8.) - Aktionen bei ZAST in Tambach bzw. Jena (25.8.) - Göttingen (26.8.) - Kassel (27.8.) - Hannover (28.8.) - Bielefeld (29.8.) - Büren (30.8.) - Osnabrück (31.8.) - Regensburg (2.9.) - München (3.9.) - Stuttgart (4.9.) - Tübingen (5.9.) - Strasbourg (6.9.) - Karlsruhe (7.9.) - Trier (8.9.) - Mainz (9.9.) - Wiesbaden (10.9.) - Frankfurt/Hanau (11/12.9.) - 13/14.9. sind noch offen - Bochum (15.9.) - Köln (16. - 20.9.)

Die Route schließt die Teilnahme weiterer Städte nicht aus. Neu hinzukommende Städte könnten ihr Programm zeitlich parallel zum schon bestehenden durchführen, so daß die Karawane phasenweise aus zwei Strängen bestünde, die dann wieder zusammenliefen. Auf dem Weg von Stadt zu Stadt soll es Abstecher geben zu markanten Orten des Rassismus

bzw. des Widerstandes: Lager und Abschiebeknäste auf der einen Seite, Kirchenasyle auf der anderen etc. Der Transfer zwischen den einzelnen Städten wird voraussichtlich mit Bussen erfolgen. Jede Stadt ist für die Unterbringung, Verpflegung und Weiterreise ebenso verantwortlich, wie für das lokale Programm.

Zusammengefaßt besteht die Karawane somit aus folgenden Teilen: den Gruppen, Organisationen und Personen, die die lokalen und regionalen Aktionen im Herbst vorbereiten bzw. deren Kommunikation und Vernetzung; den Aktionen, dem Programm und den inhaltlichen Schwerpunkten in den einzelnen Städten sowie den dabei von den lokalen Vorbereitungskomitees mobilisierten Menschen; den Personen, die im August und September von Stadt zu Stadt ziehen werden; der Nachbereitung aller Aktivitäten, die von August bis September stattfinden werden; dem über den September hinaus bestehen Netzwerk und dessen weiterer lokaler und bundesweiter Aktivität.

Die bundesweite Koordination des Projekts erfolgt über das Büro des Internationalen Menschenrechtsverein Bremen ... ist das gesamte Projekt mit erheblichen Kosten verbunden, unter anderem für Telefon und Postverschickungen, Flugblätter und Plakate, für Versorgung, Unterbringung und Transfer der TeilnehmerInnen etc. Das Bremer Vorbereitungskomitee im IMRV-Büro ist deshalb dringend auf Spenden angewiesen, die an den Internationalen Menschenrechtsverein Bremen Stichwort „Karawane“ überwiesen werden sollten. Alle, die das Projekt darüber hinaus unterstützen, in den lokalen Vorbereitungskomitees mitarbeiten oder gar eine neue Station anbieten wollen, können sich an den IMRV in Bremen wenden, von wo aus sie mit den nötigen lokalen Adressen und weiteren Informationen versorgt werden. *Internationaler Menschenrechtsverein Bremen, Kornstr. 51, 28201 Bremen Tel. 0421/55 77 093, Fax 0421/55 77 094, e-mail: mail@humanrights.de, http://www.humanrights.de Konto-Nr. 1073 9282 bei der Sparkasse Bremen BLZ 290 501 01*



Afrikanische Jugendliche in Hamburg: stets unter staatlicher Kontrolle

Beklemmende Parallelen zur Kurdenverfolgung

Der Beschluß des französischen Parlaments, die Massaker an den Armeniern auf dem Staatsgebiet des Osmanischen Reiches während des ersten Weltkriegs als „Völkermord“ einzustufen, und die aufgeregten Reaktionen aus Ankara auf diesen Beschluß haben in der europäischen Öffentlichkeit (u.a. FAZ, 9. Juni) wieder etwas Aufmerksamkeit auf dieses blutige Kapitel der osmanischen/türkischen Geschichte in diesem Jahrhundert gelenkt.

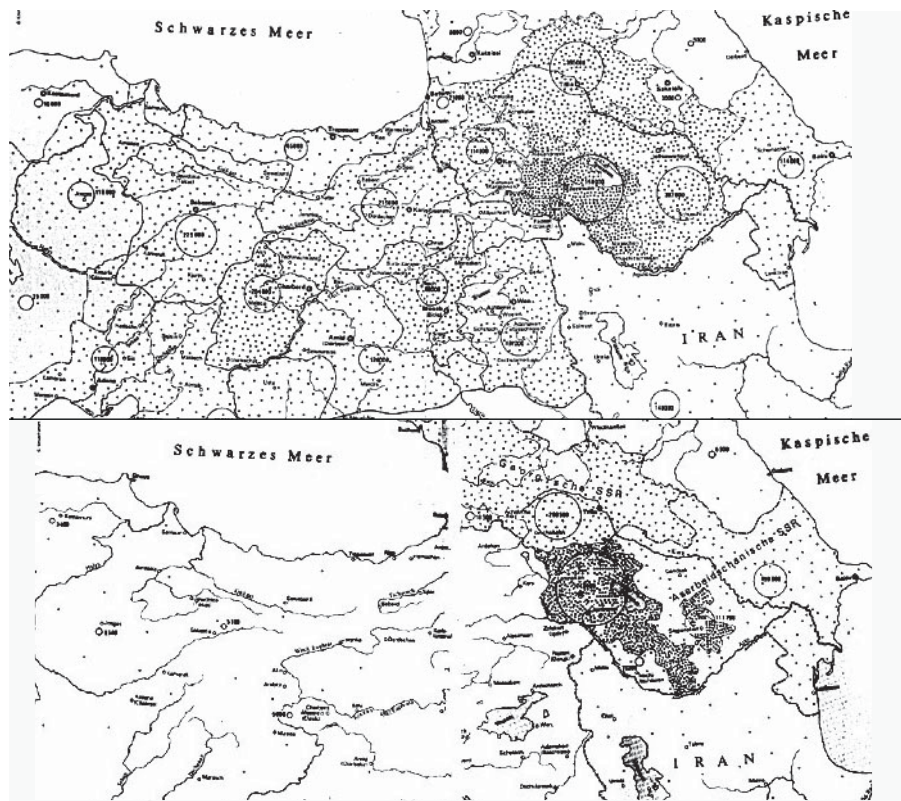
Zu Recht: Denn die Massaker an den Armeniern waren einer der ersten großen Genozide in diesem Jahrhundert, und die schwache Reaktion der internationalen Öffentlichkeit auf dieses Massaker hat nicht nur die türkische Republik bei ihrem späteren Vorgehen gegen die kurdischen Aufstände ermuntert. Auch die deutschen Faschisten wählten sich Jahre später bei ihrer Planung und Durchführung des Holocaust in ihrer furchtbaren Absicht bestärkt: Wenn nur der Krieg erfolgreich zu Ende gehe, werde die Welt auch über den Holocaust hinwegsehen, meinten sie – und bezogen sich dabei u.a. direkt auf die schwachen internationalen Proteste gegen die türkischen Massaker an den Armeniern.

Eine Kontinuität des Völkermords, der auch auf der Seite ihrer Gegner einige erstaunliche persönliche Kontinuitäten gegenüberstehen. So war der spätere Ankläger bei den Nürnberger Prozessen, der amerikanische Anwalt Robert W. Kempner, Augenzeuge in einem der wenigen Prozesse gegen die Hintermänner und Hauptakteure bei den Massakern an den Armeniern, die in den Jahren 1919 bis 1921 in Istanbul auf Druck der Siegermächte des Westens eröffnet wurden.

Darauf und auf andere Traditionslinien weist ein Buch hin, das schon vor zwei Jahren in der „Hamburger Edition“ des Instituts für Sozialforschung erschienen ist. Der türkische Wissenschaftler Taner Akcam dokumentiert in seinem Werk vor allem – zum ersten Mal in deutscher Sprache – umfangreiche Auszüge aus diesen Prozessen.

Zuvor aber erfährt man eine beklemmende Schilderung der Vorbereitungen und der Organisation des Völkermords durch die (jung-)türkische Partei Ittihat ve Terraki, die Partei, die in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts im Osmanischen Reich entstand und das kriselnde Regime durch einen muslimischen, (groß-)türkischen Nationalismus stabilisieren und für ihre Interessen dienstbar machen wollte.

Immer wieder fallen beklemmende Parallelen zur heutigen Politik auf – sei es die türkischen Reaktionen auf die kur-



Kartografische Darstellung eines Völkermords: Armenische Bevölkerung auf dem Gebiet des osmanischen Reiches und Umgebung 1914 (oben). Jeder Punkt entspricht 5.000 Menschen. 1914 lebten auf dem obigen Gebiet 4,47 Millionen Armenier. Unten: 1926 hatten nur 2,9 Millionen Armenier überlebt, die meisten auf dem Gebiet der „Armenischen SSR“ der Sowjetunion. (aus: T. Akcam)

dische Befreiungsbewegung, sei es die deutsche Politik. Denn auch bei den armenischen Massakern war die deutsche herrschende Politik beteiligt, wußte von den Vorbereitungen, nahm z.T. durch auswärtige Repräsentanten direkt daran teil und unterdrückte währenddessen im Innern des Deutschen Reiches die Berichte und Anklagen gegen diese Massaker.

„Die Haltung der deutschen Regierungen nach dem ersten Weltkrieg erhärtet den Vorwurf, nach dem diese Mitverantwortung nicht nur darin besteht, daß das Deutsche Reich nicht entschieden genug gegenüber dem Verbündeten interveniert hatte, um den Völkermord zu verhindern. Schon während des Krieges wurde eine Zensur über alle Nachrichten zur Deportation und Ermordung der Armenier verhängt“, schreibt der Autor eingangs seiner Untersuchungen. Wer denkt da nicht an Kinkels und Rühes Waffenhilfe für Ankara und Kanthers PKK-Verbot?

Als ein weiteres Beispiel für die furchtbare Kontinuität auf türkischer Seite, die heute auf Susurluk, die „Spezialkommandos“, „Kontraguerillas“, „unbekannte Täter“ und ihre historischen Vorbilder hinweist, hier ein weiterer Auszug aus dem Buch. Unter der Überschrift: „Verantwortliche des Völkermordes übernehmen politische Ämter“ heißt es auf Seite 134: „Sükrü Kaya war in der fraglichen Zeit ‘Generaldirektor des Amtes für die Ansiedlung von Nomadenstämmen und Flüchtlingen’, das dem Innenministerium angegliedert und offizi-

ell für ‚Deportationen‘ zuständig war ... Über seine Tätigkeit während des Völkermordes berichtete der deutsche Konsul in Aleppo, Röfler ... gab Röfler wieder, was Sükrü Kaya einem deutschen Ingenieur gesagt haben soll: ‘Alle Maßnahmen, die den Armeniern gegenüber getroffen wurden, was ich gesehen habe und beobachten konnte, gehen darauf hinaus, was mir der Direktor der Emigranten Schuekri Bey sagte: Das Endresultat muß die Ausrottung der armenischen Rasse sein. Es ist der ständige Kampf zwischen Muslimen und Armeniern, der jetzt ausgefochten wird. Der Schwächere muß verschwinden.’ Sükrü Bey wurde nach Malta deportiert, konnte aber am 6. September 1921 fliehen. In der Republik war er ab 1924 als Minister verschiedener Ressorts tätig. Von 1927 bis 1938 amtierte er ununterbrochen als Innenminister. Er hatte überdies in der von Mustafa Kemal gegründeten Republikanischen Volkspartei ... das Amt des Generalsekretärs inne.“ (S. 134f.)

Allen, die sich mit der armenischen Frage, den Kontinuitäten türkischer Politik, der Entstehungsgeschichte des Kemalismus und den blutigen Traditionen auch der deutschen Großmachtpolitik im Mittleren Osten befassen wollen, sei das Buch empfohlen.

riül
Taner Akcam, *Armenien und der Völkermord. Die Istanbul Prozesse und die türkische Nationalbewegung*. Hamburg, 1996. 432 Seiten, 48 DM. ISBN 3-930908-26-3. Hamburger Edition, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.

26. bis 28. Juni: Bundesparteitag der FDP, Leipzig beschließt Wahlprogramm

27. Juni: Aktionstag der PDS: „Ausbildungsplätze für alle!“

5./6. Juli: Europapolitischer Kongreß der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament in Friedberg

15. August: Zentrale Wahlkampf-Auftaktveranstaltung der PDS-Westverbände in Köln

28. August: CSU-Parteitag in München

29.8. FDP-Parteitag in Bonn soll Wahlauftrag beschließen

13. September: Landtagswahl in Bayern

21. bis 24. September: Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

10./11. Oktober: Herbsttagung des Fo-

runs Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

11. Oktober a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

16. Oktober: Bundeskongreß der Jungen Liberalen in Berlin

23. bis 25. Oktober: 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

11.-6. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

9.-13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg

27. bis 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

29. bis 30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

ADRESSAUFKLEBER

Sommerschule der ARGE

Geschichte

150 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei

Vorgehensweise: Lesen des Manifestes und Diskussion vorbereiteter Beiträge, u.a.:

- Sozialgeschichtliche Hintergründe und das Umfeld der Schrift „Manifest der Kommunistischen Partei“, Ausgabe 1848 unter Einbeziehung der Geschichte des Bundes der Kommunisten.
 - Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Auszüge aus dem gleichnamigen Buch von Waltraud Seidel-Höppner und Joachim Höppner.
- Bitte rechtzeitig anmelden, damit wir Texte verschicken können, bei GNN Köln.

30. Juli bis 2. August 1998, Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25. Beginn Donnerstag, um 14 Uhr, Ende Sonntag: 12 Uhr

Philosophie

Auseinandersetzungen mit den Konzepten der „Inneren Sicherheit“ und staats-theoretischen Vorstellungen, auf denen sie beruhen.

Das Tagesseminar (10–18.00 Uhr) wird gemeinsam von der AG Philosophie der Linken Schule Schnepfenthal (Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung) und der Wahlkampfkoordination Hamburg durchgeführt.

Samstag, 4. Juli 1998, Ort: Hamburg.

Mitte Juni ist eine Textzusammenstellung erhältlich bei: GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21. Um Anmeldung wird gebeten.

Wirtschaft

Ist linke Reformpolitik unter der Bedingung von Geldwertstabilität möglich?

Vorträge und Diskussion. Nähere Angaben zum Thema und zur Durchführung nächste Ausgabe.

Termin: Samstag, 1. August (Anreise 31.7.)

Ort: Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25.

Anmeldungen an: GNN Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart. Tel.: 0711/624701, Fax: 0711/621532

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart